

Universität Leipzig
Fakultät für Physik und Geowissenschaften
Institut für Geographie

Bachelorarbeit

**„Sich selbsttragende, durch die EFRE Förderung 2009-2013
entstandene Strukturen und ihre Akteure - eine Evaluation“**

Eingereicht von: Katja Gehrman
Anschrift: Alfred-Kästner-Straße 30
04275 Leipzig
E-Mail: k_gehrmann@gmx.de

Leipzig, den 20. Oktober 2013

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	III
Abkürzungsverzeichnis.....	IV
1. Einleitung.....	01
TEIL A: Theoretische Grundlagen	
2. Das Leitbild der „Nachhaltigen Stadtentwicklung“.....	03
2.1 Wandel im Planungsverständnis	03
2.2 Integrierte Stadtentwicklung in der heutigen Planung.....	04
2.3 Das Governance-Konzept in der Stadtentwicklung.....	06
3. Theoretische Aspekte zu Verstetigungsstrukturen	09
4. Stadtentwicklungskonzepte im Leipziger Westen.....	13
4.1 Entwicklungsprogramme im Untersuchungsgebiet	13
4.2 Antrag zur Annahme in das EFRE-Förderprogramm.....	14
TEIL B: Forschungsdesign	
5. Methodik.....	16
5.1 Evaluationsforschung.....	16
5.2 Methodischer Ansatz.....	17
5.3 Auswahl der Interviewform und Interviewpartner.....	18
TEIL C: Ergebnisse	
6. Das Untersuchungsgebiet	21
6.1 Soziodemographische Daten.....	21
6.2 Historischer Kontext.....	23
7. Auswertung des Interviewmaterials.....	25
7.1 Betrachtung der Akteure im Untersuchungsgebiet.....	25
7.2 Sich selbsttragende Strukturen im Untersuchungsgebiet.....	28
7.2.1 Maßnahmen zur Entstehung dauerhafter Strukturen.....	28
7.2.2 Bewertung der Strukturen.....	29
7.2.3 Bewertung der Maßnahmen.....	34

7.3 Nachsorge und Handlungsbedarf.....	36
8. Schlussbetrachtung.....	38
Literaturverzeichnis.....	V
Danksagung.....	X

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Abgrenzung Untersuchungsgebiet Leipziger Westen.....	22
Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet Leipziger Westen.....	23

Abkürzungsverzeichnis

ASW	Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
ha	Hektar
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KSP	Konzeptioneller Stadtteilplan Leipziger Westen
Leipzig Charter	Leipzig Charter zur nachhaltigen europäischen Stadt
URBAN	Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete URBAN
URBAN II	Europäische Gemeinschaftsinitiative URBAN II

1. Einleitung

Städte befinden sich in einem kontinuierlichen strukturellen und räumlichen Wandel, der an einige Rahmenbedingungen gekoppelt ist. Sowohl sozioökonomische als auch politische Prozesse bedingen die Entwicklung einer Stadt. Die Anforderungen die Stadtplaner bestehen darin, im Rahmen ihrer Möglichkeiten lokal verträgliche Planungen zu betreiben. Mit dem Übergang der Gesellschaft vom Fordismus zum Postfordismus verschärfte sich die sozioökonomische und soziokulturelle Polarisierung auf räumlicher Ebene (DRILLING, SCHNUR 2012, S. 15). Bestand bis dahin das traditionelle Planungsverständnis noch darin, sich an den Bedürfnissen der Bewohner zu orientieren, nahmen die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger mit dem gesellschaftlichen Wandel zu. Mit der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verlieren hierarchische Planungs- und Steuerungsmodelle endgültig ihre Bedeutung. Mit diesem Dokument verpflichten sich die Minister auf europäischer Ebene erstmals dazu, die integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt voranzutreiben und die dafür benötigten Governance-Strukturen zu unterstützen (BMVBS 2010, S. 315). Kritische Finanzsituationen der Kommunen prägen die Arbeit der Stadtplaner maßgeblich. Trotz regionaler, nationaler und europäischer Förderprogramme stellen finanzielle Mittel für die Kommunen immer wieder Hemmnisse dar. Aufgrund dessen steht die lokale Politik vor der Herausforderung, privates Kapital von nicht-staatlichen Akteuren zu akquirieren und Fördergelder effektiv einzusetzen. In diesem Zusammenhang gelangt das Aufbauen sich selbsttragender Strukturen in den Zielkatalog der Förderprogramme. Schon zu Beginn der Förderung wird der Verstetigungsgedanke nach Auslaufen der Förderperiode aufgegriffen. Doch ist die integrierte Stadtentwicklung ein geeignetes Instrument zum Aufbau dieser Strukturen? Wie soll die Übergangsphase zum Ende der Förderung aussehen? Wie können fehlende Fördergelder kompensiert werden? Birgt die Beteiligung verschiedener Akteure dahingehend wirklich neue Möglichkeiten?

Die folgende Arbeit wird sich mit dem Thema der Verstetigung umfassend beschäftigen. Der Leipziger Westen befindet sich derzeit in einer auslaufenden Förderperiode mit der Gewissheit, dass auch die folgende geringer ausfallen wird. Nachdem das Gebiet Projekte aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative URBAN II in der Förderperiode 2001-2006 finanzierte, läuft aktuell die Folgeperiode der EFRE-

Förderung aus, an der der Leipziger Westen seit 2009 teilnimmt. In der Förderperiode 2007-2013 stehen Sachsen im Rahmen des operationellen Programms für die nachhaltige Stadtentwicklung etwa 110 Mio. € EFRE-Mittel zur Verfügung. Die Region Leipzig ist als neue Phasing-out-Region deklariert und erhielt dadurch für die Förderperiode nur 24 Mio. € (SCHERMANN, SEIDEL 2007, S. 591). Diese Summe muss auf die verschiedenen Fördergebiete in der Region aufgeteilt werden, so dass jedes Gebiet nur mit sehr begrenzten Finanzmitteln planen konnte. In Anbetracht der Tatsache, dass die Förderung nach 2013 weiter reduziert wird, musste man bereits während des Antrags für die EFRE-Fördermittel über die Nachhaltigkeit der Investitionen diskutieren. Deshalb ist es zweifellos notwendig, neue Förderinstrumente zu verwenden und die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv zu nutzen. Folgendermaßen wurde das Stichwort der Verstetigung schon während der Antragstellung im integrierten Handlungskonzept als Ziel der EFRE-Förderperiode 2009-2013 aufgegriffen (STADT LEIPZIG 2008, S. 13).

In diesem Zusammenhang sollen folgende Fragestellungen während der Untersuchung berücksichtigt werden:

1. Welche Akteure beteiligten sich während der EFRE-Förderperiode 2009-2013 im Leipziger Westen und welche Bedeutung wurde ihnen zuteil?
2. Welche Verstetigungsstrukturen haben sich im Rahmen des EFRE-Förderprogramms gebildet, die auch nach Auslaufen der Förderung positive Effekte für das Quartier generieren können?
3. Wo besteht noch Handlungsbedarf und welche Formen der Nachsorge existieren bereits?

Bevor den aufgeführten Fragestellungen nachgegangen wird, beschäftigt sich diese Arbeit mit einigen theoretischen Grundlagen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Einführend dazu wird der Übergang vom früheren Planungsverständnis hin zum heutigen aufgegriffen. Danach erfolgt die Erläuterung der integrierten Stadtentwicklung als Instrument zur Nachhaltigkeit. Im Anschluss folgt ein Abschnitt zu Governance-Strukturen, da diese Voraussetzung einer integrierten Stadtentwicklung sind. In diesem Zusammenhang wird der aktuelle Stand der Literatur zu den sich selbsttragenden Strukturen wiedergegeben. In Bezug auf das Untersuchungsgebiet werden anschließend ehemalige Entwicklungsprogramme

benannt, weiterhin soll detaillierter über die EFRE-Förderperiode informiert werden. Überleitend zum praktischen Teil beschreibt der Methodenteil das Forschungsdesign der Arbeit. Der näheren Beschreibung des Untersuchungsgebietes folgt die Auswertung der Interviews. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und im Hinblick auf die Fragestellung bewertet.

TEIL A – theoretische Grundlagen

2. Das Leitbild der „Nachhaltigen Stadtentwicklung“

2.1. Wandel im Planungsverständnis

Mit der „Charta von Athen“ wurde 1933 das Leitbild der „funktionalen Stadt“ verabschiedet. Seitdem befinden sich die Leitbilder zur Stadtentwicklung in einem kontinuierlichen Wandel. In den 1950er Jahren orientierte sich die Stadtplanung an der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, in den 1960er Jahren an der „autogerechten Stadt“ (SINNING 2008, S. 194). Durch tiefgreifende sozioökonomische Transformationsprozesse, zu denen MARX (2008, S. 90) die Deindustrialisierung, die Tertiärisierung, den demographischen Wandel, die Massenarbeitslosigkeit und die steigenden Einkommensunterschiede zählt, änderten sich die Rahmenbedingungen für die Stadtplaner und in dem Zuge auch das planerische Verständnis. Das traditionelle Planungsverständnis orientierte sich zwar an den Bedürfnissen der Bürger, beabsichtigte jedoch nicht, die Bürger am Planungsvorgang zu beteiligen. Der Staat steuerte als leitende Hand die Prozesse, die lediglich als technische Ingenieursaufgaben verstanden werden, so dass sich die Planer einer rein rationalen Ordnung bedienten (FREY ET AL. 2008, S. 20). Die zukunftsfähige Stadt muss sich mit dem Problem des lokalen Wirtschaftswachstums, unter Verhinderung der damit drohenden Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsschichten, auseinandersetzen. Spätestens an dieser Stelle sind der zu technisch orientierten Raumplanung Grenzen gesetzt. Deswegen wurden schon im Arbeitsprogramm von Lille, im Urban Acquis und im Bristol Accord 2005 Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung aufgenommen (FRANKE ET AL. 2007, S. 5). Der Europäische Rat formulierte mit dem Beschluss vom 15./16. Juni 2006 als Ziele nachhaltiger Stadtentwicklung „wirtschaftlichen Wohlstand“, „Umweltschutz“ und „soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt“ (FRANKE ET AL. 2007, S. 9). Die Ziele für Europa sind fest definiert.

Trotzdem kann keine sichere Umsetzung gewährleistet werden. Die Stadtmodelle in den europäischen Ländern und selbst von Stadt zu Stadt sind zu unterschiedlich, als dass eine erfolgreiche Strategie auf andere Regionen eins zu eins projiziert werden könnte (FRANKE ET AL. 2007, S. 5). Mit der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 erarbeitet wurde, verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, die Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union zur Entwicklung der Städte voranzutreiben. Obendrein dient es als wichtiges Grundlagenpapier, um das Instrument der integrierten Stadtentwicklung erstmals in der Politik zu verankern (BMVBS 2010, S. 315). Bereits in den 1960er und 1970er Jahren griff die Stadtplanung die Strategie der integrierten Stadtentwicklung unter den Begriffen „Comprehensive Planning“ und „Integrierte Entwicklungsplanung“ auf. Ziel war die Bündelung gesellschaftlicher Ressourcen durch eine horizontal und vertikal vernetzte Planung. Zu starre Strukturen während der Ölkrise und weitere wirtschaftliche Einbrüche 1972/73 führten jedoch zum Scheitern der Strategie (SINNING 2008, S. 193).

2.2 Integrierte Stadtentwicklung in der heutigen Planung

Zur Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklungsziele hat sich die integrierte Stadtentwicklung bewährt. Darunter kann die „[...] räumliche, zeitliche und sachliche Abstimmung und Vernetzung unterschiedlicher politischer Handlungsfelder und Fachplanungen verstanden werden, bei der unter Vorgabe bestimmter (finanzieller) Instrumente definierte Ziele erreicht werden sollen“ (FRANKE ET AL. 2007, S. 15). Integration erfolgt in vielen Bereichen der Stadtentwicklung. Es kann sich um verschiedene Handlungsfelder oder räumliche Ebenen handeln, unterschiedliche Bereiche der Verwaltung und Planung zusammenführen, verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht ziehen und die unterschiedlichsten Akteure aus der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft ansprechen (FRANKE, STRAUSS 2010, S. 256). In Deutschland konzentriert sich die integrierte Stadtentwicklung auf benachteiligte Wohnquartiere unter Berücksichtigung des gesamtstädtischen Kontexts. Die Quartiere innerhalb einer Stadt unterscheiden sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Chancen sowie der Umweltqualität. Jedes einzelne Quartier beeinflusst die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit einer Stadt und wirkt sich auf das nachhaltige Wachstum aus (FRANKE ET AL. 2007, S. 7).

Benachteiligte Stadtteile beeinflussen dementsprechend die Gesamtstadt negativ und geraten deshalb in den Fokus der Stadt(teil)entwicklung. Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ wurde 1999 ein Städtebauförderprogramm initiiert, welches auf die Verbesserung erheblicher sozialer, baulicher und ökonomischer Mängel in Stadtteilen und Quartieren ausgerichtet ist. Das Programm bedient sich dem strategischen Instrument des Quartiersmanagement, häufig auch als Stadtteilmanagement oder Stadtumbaumanagement bezeichnet, das die Umsetzung integrierter Handlungskonzepte zur Aufgabe hat. „Das prozessorientierte Quartiersmanagement dient dazu, eine horizontal und vertikal vernetzte Kooperations- und Managementstruktur auf Verwaltungs- und Quartiersebene, zwischen diesen Ebenen sowie mit allen anderen lokal relevanten Akteuren zu gewährleisten“ (KRUMMACHER 2011, S. 320). Eine einheitliche Definition des Quartiersmanagements ist nicht möglich, da sich die Ziele und Aufgaben je nach Situation des Gebietes unterscheiden. Gemeinhin wird es aber als Instrument genutzt, die Lebensbedingungen in städtischen Problemquartieren zu verbessern, dezentrale Strukturen aufzubauen und diese zu verstetigen (SÖPPER 2009, S. 239f.). Zur Hauptaufgabe gehört die gesamte Projektsteuerung durch einen im Quartier verorteten Gebietsbeauftragten. Auf der Verwaltungsebene sorgt dieser für die Vernetzung der Ämter, dem Ressourceneinsatz und der Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts. Für die Quartiersebene wird ein Stadtteilbüro errichtet, um die Vernetzung zwischen den privaten Akteuren und die Beteiligung der Bewohner zu fördern (KRUMMACHER 2011, S. 320f.). Das Stadtteilmanagement soll dazu beitragen, die Bewohner durch Kooperationen und Vernetzung so zu befähigen, dass sie sich auf Dauer aus sich selbst heraus organisieren können (ZIMMER-HEGMANN 2001, S. 7). Durchschnittlich wird das Quartiersmanagement für fünf Jahre eingerichtet. Das erste Jahr ist die Impulsphase und dient der Orientierung. Darauf folgt eine etwa zweijährige Entwicklungsphase, in der Ziele formuliert und deren Umsetzung realisiert werden. Letztendlich beschreibt die Konsolidierungsphase die zunehmende Zurückhaltung des Quartiersmanagements, um das Gebiet Schritt für Schritt seiner Eigendynamik zu überlassen (SCHUBERT ET AL. 2004, S. 223ff.). Die komplexe Aufgabenverteilung des Quartiersmanagements stellt wiederum einige Probleme dar. In den meisten Fällen sind nur zwei Personen in diesem Bereich beschäftigt. Dies erhöht die Herausforderung alle erforderlichen Kompetenzen zu vereinen. SCHUBERT

ET AL. (2004, S. 220) empfehlen aufgrund der Kombination aus planerischen und sozialen Aufgaben, die Besetzung mit einer Person aus dem Bereich der Raumplanung und einer aus dem Bereich Soziale Arbeit oder Gemeinwesenarbeit.

2.3 Das Governance-Konzept in der Stadtentwicklung

Die integrierte Stadtentwicklung setzt Herrschaftsstrukturen voraus, bei der keine übergeordnete Instanz vorhanden ist. Der Übergang von Government zu Governance schreitet seit den 70er Jahren durch sich verändernde städtischer Steuerungsformen voran. Die zunehmende Vermischung von Markt, Hierarchie und Kooperation führt dazu, dass die Grenzen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft spürbar aufgelockert werden (FREY ET AL. 2008, S. 28). Government wird nicht komplett abgelöst, sondern ist weiterhin ein politisch-administratives System innerhalb der Governance, das Kompetenzen an andere Akteure abgibt, selbst aber auch ein Akteur bleibt (FREY ET AL. 2008, S. 29). Die Begriffe beziehen sich auf den gesamten Staat und nicht nur auf die Stadtplanung. Überall dort, wo das hierarchische System an seine Grenzen kommt und kooperative Prozesse zu politischen Entscheidungsfindungen verhelfen, findet der Begriff der Governance Verwendung. DIEBÄCKER (2008, S. 268) unterscheidet zwischen „good governance“ (entwicklungspolitisch), „sectoral governance“ (auf Wirtschaftssektoren bezogen), „corporate governance“ (Unternehmensführung) und „public governance“ (bürokratische Abläufe) auf der lokalen, regionalen, nationalen und globalen Ebene. Bezieht sich das Konzept auf die Stadtentwicklung und Stadtpolitik, spricht man in der Literatur von Urban Governance. Da keine übergeordnete Instanz vorhanden ist, die die Steuerung übernimmt, ist das Governance-Konzept kein politisches Steuerungsinstrument. Von der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation über das Zusammenwirken staatlicher und privater Akteure bis hin zu der top-down Strategie der staatlichen Seite beschreibt Governance alle kollektiven Regelungen. Das Steuerungsobjekt kann deswegen parallel als Steuerungssubjekt verstanden werden (EINIG ET AL. 2005, S. I). Neben den öffentlichen Akteuren beteiligen sich am Prozess der Stadtplanung private Akteure, die dem privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sektor zuzuordnen sind. Sie agieren in komplexen Multiakteurskonstellationen (EINIG ET AL. 2005, S. II). Dies wiederum bedingt die Steuerungsformen und -instrumente. Hierarchie, Wettbewerb und Kooperationen

finden gleichermaßen durch die „[...] Kombination aus hierarchischen (z.B. Gesetze, Ver- bzw. Gebote und rechtlich verankerte Raumplanungsinstrumente), marktförmigen (z.B. institutionelle und finanzielle Anreize, Wettbewerbe, Vertragslösungen und Zielvereinbarungen) und kooperativen Steuerungsinstrumenten (z.B. Zielvereinbarungen, Beteiligungsinstrumente/Partizipation und informelle Planungsinstrumente)“ Anwendung (SCHÄFFER 2012, S. 111). Die meisten Kooperationen sind informeller Natur, die von Mitgliedern schon bestehender Netzwerke lediglich durch Absprachen, weniger jedoch auf Basis vertraglicher Bindungen, entstehen (EINIG ET AL. 2005, S. II). Durch die Vielfalt der Akteure muss der Staat sich aus seinen ursprünglichen Aufgabenbereichen zurückziehen und einige seiner Kompetenzbereiche abgeben. Deswegen tritt er vielmehr als regulierende Instanz auf und erhält die aktivierende Rolle und Moderation privater Akteure, um diese zum Beheben von Problemen zu motivieren. Aufgrund der dadurch entstehenden heterarchischen netzwerkartigen Strukturen wird auf hierarchische weitestgehend verzichtet (EINIG ET AL. 2005, S. II). All diese Prozesse gehen über die administrativen Grenzen hinaus und verfolgen langfristige Ziele, die durch temporäre Projekte erreicht werden sollen (SCHÄFFER 2012, S. S. 111f.). Die Aufgaben der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft und der kommunalen Akteure wurde neu verteilt. Der Staat ermöglicht den Zugang zu Förderprogrammen und sichert die Planung, die Privatwirtschaft stellt privates Kapital zur Verfügung und die zivilgesellschaftlichen Akteure können ihr spezifisches Wissen vor Ort einbringen, um problemorientierte Ergebnisse zu sichern (EINIG ET AL. 2005, S. IV). Bei einer modernen Planung sollte statt auf einen besonderen Planungsumfang darauf geachtet werden, genügend Spielraum für spätere Erweiterungen und Zusatzplanungen zu lassen. Dadurch kann auf mögliche gesellschaftliche Wandel oder individuelle Bedürfnisse reagiert werden. Die Stadtplaner halten sich im Hintergrund und ermöglichen den privaten Akteuren, ihr Gebiet flexibel zu gestalten. FREY (2008, S. 242) bezeichnet dies als „Nicht-Planung“. Auch wenn die Literatur den Blickpunkt vermehrt auf die bottom-up Strategie richtet, ist eine Verknüpfung mit der top-down Strategie die größte Herausforderung. Exemplarisch dafür steht die Erstellung von Entwicklungskonzepten. Dieser Prozess läuft top-down gesteuert ab. Zwar erfolgt die Erstellung unter Beteiligung der Bevölkerung, umgesetzt wird das Konzept aber von den Planern. Insgesamt betrachtet, macht die Heterogenität der heutigen Lebenswelten in den

Stadtquartieren das frühere Planungsverständnis „von oben“ hinfällig. Die Betroffenen leisten vermehrt Widerstand gegen die beschlossenen Maßnahmen. Deswegen erfolgt heutzutage keine Planung mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit, da die Mitgestaltung der eigenen Lebenswelten durch die Bewohner die Gefahr des Widerstandes verhindert. Durch Partizipation, Aktivierung und Empowerment werden die Bewohner vor Ort in den Prozess einbezogen. Der Beteiligungsprozess beginnt schon bei der einfachen Information der betroffenen Bürger und geht über das Mitwirken bei der Ideenfindung bis hin zum Mitentscheiden und der Selbstverwaltung (FREY 2008, S. 236). Die Bürgerbeteiligung kann in die drei Ebenen der „Nicht-Partizipation“, der „Quasi-Beteiligung“ und der „Partizipation“ eingeteilt werden. Demnach wäre die geringste Stufe die Manipulation der Bewohner und die höchste Stufe würde der kompletten Entscheidungskompetenz entsprechen. Unter „Quasi-Beteiligung“ fällt bspw. das Durchführen von Informationsveranstaltungen. Wie die Entscheidungsgewalt zwischen den Akteuren wirklich verteilt ist, zeigt sich erst, wenn es zu Diskrepanzen in den Aushandlungen kommt (HAGEMEISTER, HALLER 2009, S. 264). Außerdem profitiert der Planer von umfangreicheren Informationen über das Gebiet. Er gelangt so an Wissen, das er als Außenstehender mit rein fachlichem Interesse nicht besitzt, wodurch einseitige Sichtweisen verhindert werden. Aufgrund des Beteiligungsprozesses werden lokale Potenziale genutzt, Pläne verbessert, die Umsetzung vereinfacht, neue Ressourcen mobilisiert und die Identifikation erhöht (KLAUS 2005, S. 396ff.). Laut GERLICH und STOIK (2008, S. 251) gewinnt die Beteiligung gerade in Zeiten zunehmender Ausdifferenzierung der Lebensstile in den Milieus an Bedeutung. Durch die Vermischung kulturell, ökonomisch und sozial unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen ist es für Stadtplaner besonders wichtig, die verschiedensten Interessen und Bedürfnisse zu verstehen. Den Menschen vor Ort muss dabei geholfen werden, ihr Interesse zu artikulieren und sich zur Selbstorganisation zu bewegen. Für diesen Zweck müssen Räume des Austauschs geschaffen werden. Die Bewohner können in öffentlichen Diskussionen ihre Anliegen sammeln. Aus diesem Grund wird eine Instanz im Stadtteil, die diesen Prozess moderiert, unterstützt und vorantreibt, empfohlen. Sie versorgt die verschiedenen Milieus zudem mit Wissen und Kontakten, um die Beteiligungsschwelle niedrig zu halten. Diese Instanz sammelt nicht nur Wissen über die Milieus, sondern regt diese auch zum Austausch und letztendlich zur Beteiligung an. Die Interessen werden demnach

bottom-up formuliert und mit top-down Entscheidungen kombiniert (GERLICH, STOIK 2008, S. 255). Zugleich ist die Heterogenität der Lebensstile für den Beteiligungsprozess mit Problemen behaftet. Da die verschiedenen Bevölkerungsgruppen über unterschiedliche Bedürfnisse verfügen, sollten sie dementsprechend repräsentativ beteiligt werden. Das fällt jedoch oft bei bestimmten Bevölkerungsgruppen schwer, zu denen unter anderem Migranten, Kinder, Jugendliche sowie geringer gebildete und alte Menschen gehören. Um diese Gruppen zur Beteiligung motivieren zu können, muss Vertrauen aufgebaut werden, indem das Wissen über die Lebenssituation der verschiedenen Gruppen erfasst und auf die individuellen Probleme und Bedürfnisse eingegangen wird (FREY 2008, S. 237f.). Aktivierende Befragungen oder zielgruppenorientierte Veranstaltungen können bei diesem Problem Abhilfe schaffen. Sollte die Beteiligung nur selektiv stattfinden, erhöht sich sogar die Gefahr der Ungleichheit, da die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschiedene Präferenzen und Wahrnehmungen haben und nur die Bedürfnisse der beteiligten Gruppen in den Projektmaßnahmen Einzug erhalten. SCHÄFFER (2012, S. 110) macht ferner darauf aufmerksam, dass die privaten Akteure unterschiedlichen Handlungslogiken folgen und überwiegend eigennützige Ziele anstreben, die nicht immer dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Überdies kann die wachsende Einbindung privater Akteure zu Problemen führen. Da sie in der Regel das geringste zur Verfügung stehende Kapital besitzen, kann es zu einer Überforderung der Akteure kommen. Ehrenamtliche Vereine und Träger, die nur unregelmäßig Finanzierung erhalten, könnten mit den Aufgaben überlastet werden und so erneute Probleme im Gebiet hervorrufen (EINIG ET AL. 2005, S. V).

3. Theoretische Aspekte zu Verstärkungsstrukturen

Zum Thema Verstärkung existieren derzeit wenig wissenschaftliche Erkenntnisse. Der größte Teil der Literatur bezieht sich auf erfolgreiche Praxiserfahrungen in der Durchführung von Programmförderungen. Sich selbsttragende Strukturen sind Impulsgeber für Projekte und Maßnahmen nach Auslaufen der eigentlichen Förderung. „Sie haben positive Effekte für das Quartier, indem sie das aufgebaute Vertrauensverhältnis zwischen politisch-administrativer und lokaler Ebene bewahren, zur Verbesserung des sozialen Klimas beitragen, dem Entstehen von Konflikten im

Viertel vorbeugen und, einen vor Ort präsentieren, Ansprechpartner für alle Beteiligten darstellen können“ (SÖPPER 2009, S. 241). MAYER (2008, S. 133) spricht in diesem Zusammenhang von der „Veralltäglichen des Außeralltäglichen“. Damit soll verhindert werden, dass das durch die Projekte geschaffene Besondere verloren geht. Das sogenannte „Verankern“ von Schlüsselprojekten bezeichnen GÜNTNER ET AL. (2005, S. 169) als „anchoring“. Die Ankerpunkte können baulicher Natur sein, die als Orte und Infrastrukturen (z.B. Stadtteilzentren und Bürgerhäuser) Akteure räumlich zusammenführen. Des Weiteren besitzen Menschen, die sich in Netzwerken, Initiativen oder Vereinen engagieren, und Unternehmen, insbesondere der Wohnungswirtschaft, die sich ebenfalls an der Stadtentwicklung beteiligen, die Möglichkeit, Projekte zu verankern und neue Projekte zu initiieren. Zuletzt übernehmen Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen der kommunalen Ebene eine maßgebliche Rolle für die Verankerung von Projekten (ANDERS ET AL. 2012, S. 255). Die Kommunen können durch Änderung ihrer Verwaltungsstruktur ihre Ausrichtung auf sozialraumorientierte, integrierte Stadtentwicklung lenken (BMVBS 2012, S. 4). Von „Mainstreaming“ spricht man im Zusammenhang mit Verstetigung, wenn das Verwaltungshandeln ressortübergreifend und gebietsbezogen ausgerichtet wird (BMVBS 2012, S. 14). Die nachhaltigen Strukturen sind v.a. bei Projekten zu fördern, die als Initiator einer Daueraktivität dienen. Insbesondere bei diesen Förderungen sollten schon während der Planung mögliche Maßnahmen zur späteren Verstetigung einbezogen werden. In Bezug darauf sind selbst kleine Entscheidungen mit Bedacht zu treffen, da beispielsweise schon die Wahl der Projektdurchführenden richtungsweisend für die Dauerhaftigkeit sein kann (GÜNTNER ET AL. 2005, S. 169). In diesem Fall empfiehlt es sich, sich an den vier Phasen zur Vorbereitung der Verstetigung zu orientieren, was bei der Erstellung von Handlungskonzepten beginnt. Hierbei ist es ratsam, das Ziel der Verstetigung mit ersten konkreten Maßnahmen zu formulieren. Während der Programmdurchführung ist ein zwischenzeitliches Monitoring notwendig und hilft dabei, veränderte Rahmenbedingungen zu erkennen und gegebenenfalls die früheren Zielsetzungen darauf auszurichten. Kurz vor Beendigung des Programms sollte, in Form eines Verstetigungskonzepts, ermittelt werden, wie der Förderausstieg umgesetzt werden kann und der Einstieg in die Verstetigung ermöglicht wird. Dabei kann es sich unter anderem um eine zusätzliche geringere Unterstützung handeln, die noch nicht abgeschlossene Maßnahmen fördert und die aufgebauten Strukturen sichert (ANDERS ET AL. 2012, S. 263ff.).

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen beschäftigte sich mit dem Thema Verstetigung im Zuge des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“. Die Ergebnisse zeigen, dass die Kommune wichtige Grundlagen für tragfähige Strukturen schaffen muss. Dazu zählt es, die aufgebauten Netzwerke weiter zu unterstützen, die bürgerliche Selbstorganisation zu stabilisieren, Schlüsselprojekte weiterhin finanziell zu fördern oder an Trägerschaften abzugeben, das Quartiersmanagement zu erhalten und die Beteiligung von Bürgern und lokalen Akteuren durch dezentrale Budgets (Verfügungsfonds) zu gewährleisten (MWEBWV 2011, S. 14). Die Schlüsselfunktion für den Aufbau tragfähiger Strukturen übernimmt das Quartiersmanagement. Es dient als Schnittstelle zwischen den am Prozess beteiligten Akteuren, legt die Grundlage für die Bündelung lokaler Ressourcen und stellt das Fundament für die einzelnen Projekte dar (KRÜGER 2009, S. 24). In Berlin wurde im Rahmen des Quartiersmanagementprogramms ein Quartiersfond eingerichtet. Aus diesem wurden Projekte finanziert, über deren Umsetzung die Bewohner als Jury entschieden. Dadurch beförderte der Quartiersfond ein weiteres Mal die Beteiligung der Bürger und steigerte deren Identifikation mit dem Quartier (KRUMM 2005, S. 126).

Ferner steht das Quartiersmanagement den Netzwerken unterstützend zur Seite, die wiederum ein wichtiges Element für dauerhafte Strukturen darstellen. „Ein Netzwerk ist definiert als eine abgegrenzte Menge von Knoten oder Elementen und der Menge der zwischen ihnen verlaufenden sogenannten Kanten“ (JANSEN 2006, S. 58). Die Knoten stellen die Akteure der Netzwerke dar. Sie können aus einzelnen Personen oder Unternehmen sowie Vereinen oder Initiativen bestehen. Die Kanten symbolisieren die Beziehungen zwischen den Akteuren. Ist die Beziehungsdichte zwischen den Akteuren hoch, herrscht eine hohe Verbundenheit. Bei einer geringeren Beziehungsdichte eine dementsprechend niedrigere. Über die Qualität der Netzwerke gibt die Beziehungsdichte nur bedingt Auskunft. Eine positive Verbindung ergibt sich weniger aus quantitativen Aspekten, folglich der Anzahl ihrer Verbindungen. Sie erkennt man vielmehr an qualitativen Faktoren, die sich unter anderem an der Brauchbarkeit ihrer gegenseitigen Einflüsse und Unterstützungen messen lassen (FRANZEN, SPIECKERMANN 2002, S. 24). Netzwerke sollten aus möglichst verschiedenen Akteuren bestehen, die über unterschiedliche Kompetenzen verfügen und das Zustandekommen „kollektiver Lernprozesse“ fördert.

Somit werden verschiedenen Wahrnehmungen, Präferenzen und Handlungsmuster durchbrochen und neue Sichtweisen ermöglicht (KLAUS 2005, S. 344f.). Für ein funktionierendes Netzwerk sind Vertrauen, Gegenseitigkeit aber auch Verpflichtungen zwischen den Akteuren grundlegende Werte. Sie verfolgen im Netzwerk zwar ihr eigenes Interesse, handeln gleichzeitig aber auch aus einer sozialen Verpflichtung heraus (FREY 2008, S. 234).

FRANZEN und SPIECKERMANN (2002, S. 24f.) unterscheiden zwischen verschiedenen Formen von Netzwerken. Die zweckorientierten Netzwerke sind lediglich themenbezogen und haben definierte Aufgaben, die sie verfolgen. Diese Form von Netzwerken hat für den Verstetigungscharakter keine große Bedeutung, da sie lediglich projektbezogen und deswegen zeitlich begrenzt sind. Anders ist das bei den richtungsoffenen Netzwerken. Sie haben keine spezifischen Aufgaben und dienen der Kommunikation und Beziehungspflege. Dadurch sind sie nicht zeitlich begrenzt. Zudem bilden sie die Grundlage für zweckorientierte Netzwerke und haben deswegen eine besondere Bedeutung für die Entwicklung des Quartiers. Die berufsbedingten Informationsnetzwerke können als eine Mischform der zweckorientierten und richtungsoffenen Netzwerke definiert werden. Dabei handelt es sich um Kommunikation zwischen Fachleuten, die intensiv gepflegt werden. Sie sind demnach von langfristiger Dauer, bestehen jedoch nicht aus einer Vielfalt von Akteuren. Dies beschränkt wiederum die Qualität dieser Netzwerkform, birgt die Gefahr, sehr einseitig zu handeln und deswegen die Akzeptanz von Maßnahmen und Projekten zu vermindern. Generell besteht bei jedem Netzwerk das Risiko, dass es eine abschottende Wirkung aufbaut und entstandene Strukturen gefährdet.

Ganz ohne das Mitwirken der Verwaltung fällt es schwer, die positiven Strukturen im Viertel aufrechtzuerhalten. Deswegen ist die Kommune weiterhin angehalten, alternative Fördergelder aus anderen Programmen zu akquirieren und ggf. personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Wie und welche Strukturen verstetigt werden sollten, ist individuell sehr verschieden und muss im Zusammenhang mit den Potenzialen, schon vorhandenen Strukturen und dem Umfeld betrachtet werden.

4. Stadtentwicklungskonzepte im Leipziger Westen

4.1 Entwicklungsprogramme im Untersuchungsgebiet

Entwicklungsprogramme sind Leitprojekte, die einen wichtigen Bestandteil integrierter Stadtentwicklungskonzepte ausmachen und es ermöglichen, „Projekte zu initiieren und in einen strategischen Zusammenhang zu stellen“ (MAYER 2008, S. 129).

Mit der politischen Wende 1989 stiegen auch die Interventionsmöglichkeiten seitens der kommunalen Verwaltung. In den 1990er Jahren konzentrierten sich diese überwiegend auf die Sicherung und den Erhalt der Gebäudesubstanz. Dieser Schwerpunkt wurde mit Städtebaufördermitteln finanziert (DIETZ et al. 1999, S. 50). Von 2002 bis 2009 standen einigen Teilen des Leipziger Westens Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ zur Verfügung, die für Aufwärtungs- und Rückbaumaßnahmen in Wohngebieten genutzt wurden (STADT LEIPZIG 2010, S. 40). In der Periode 1994-2006 entstand die Gemeinschaftsinitiative URBAN, um den Negativtrend städtischer Problemquartiere zu stoppen. Im Jahr 2004 wurde der „Konzeptionelle Stadtteilplan Leipzig West“ verabschiedet. Er fungiert als Orientierung für die Umsetzung von Stadterneuerungs- und Sanierungsprojekten, die überwiegend durch Gelder aus der Teilnahme der Stadt Leipzig an der Europäischen Gemeinschaftsinitiative URBAN II 2001-2006 finanziert wurden (STADT LEIPZIG 2010, S. 3). Der Leipziger Westen erhielt aus dieser Förderung Mittel in Höhe von fast 20 Mio. Euro (SCHERMANN, SEIDEL 2007, S. 591). Während dieser Förderperiode wurden Projekte und Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern „Wirtschaft und Beschäftigung“, „Stadträumliche Qualität“ und „Soziale Qualität“ umgesetzt (STADT LEIPZIG 2009, S. 9). In der Summe kann das Programm einige Erfolge aufweisen. Durch die Maßnahmen erfolgte eine spürbare Aufwertung der Stadtteile, Folgeinvestitionen aus privater und öffentlicher Hand konnten mobilisiert werden und die Verwaltung beförderte durch ihr Handeln Netzwerkarbeit, Kooperation und Partizipation privater Akteure (STADT LEIPZIG 2009, S. 11). Trotz der positiven Wirkung existierten im Gebiet nach wie vor bauliche, soziale und wirtschaftliche Defizite, die einen erneuten Mitteleinsatz zur Stadterneuerung rechtfertigten. Die Gemeinschaftsinitiative wurde jedoch nicht aufrechterhalten, sondern in ein Strukturfondsprogramm überführt (SINNING 2008, S. 196). Deswegen fand eine Überarbeitung zum Konzeptionellen Stadtteilplan für den Leipziger Westen 2009

statt, der als Grundlage zur Bewerbung für die Förderperiode 2007-2013 des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung diente (STADT LEIPZIG 2010, S. 3). In der Förderperiode 2007-2013 stehen Sachsen im Rahmen des Operationellen Programms für die Nachhaltige Stadtentwicklung etwa 110 Mio. € EFRE-Mittel zur Verfügung. Die Region Leipzig ist als neue Phasing-out-Region deklariert und erhielt dadurch nur 24 Mio. €. In Anbetracht der Tatsache, dass die Förderung nach 2013 weiter reduziert wird, ist es unabdingbar, neue Förderinstrumente zu verwenden und die zur Verfügung stehenden Mittel effektiv zu nutzen (SCHERMANN, SEIDEL 2007, S. 591).

4.2 Antrag zur Aufnahme in das EFRE-Förderprogramm

Integrierte Handlungskonzepte kennzeichnen Problemlagen im Quartier. Sie setzen Handlungsprioritäten zur Quartiersentwicklung in Form von Zielen, denen durch Einbeziehung der Bewohnerschaft Projekte abgeleitet werden. (SCHUBERT ET AL. 2004, S. 222). Im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung können Fördermittel für die nachhaltige Stadtentwicklung sowie die Revitalisierung von Brachflächen vergeben werden. Bei der Vergabe werden nur Gebiete berücksichtigt, die aufgrund industrialisierungsbedingter Stadterweiterungen zwischen 1870 und 1948 negative Entwicklungen vorzuweisen haben. Der Leipziger Westen bewarb sich mit dem integrierten Handlungskonzept um Fördermittel zur Behebung städtebaulicher, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Probleme. Förderfähig sind nur Projekte, die sich direkt auf Vorhaben beziehen und keine gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen. Existieren ähnliche nationale Förderungsmöglichkeiten, erfolgt die Vergabe von EFRE-Mitteln nachrangig zu den nationalen (SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN 2008, S. 2). Das integrierte Handlungskonzept für den Leipziger Westen wurde für die Antragstellung zur Aufnahme in das EFRE Förderprogramm durch kooperative Verfahren konzipiert. Das zu fördernde Gebiet umfasst große Teile der Stadtteile Plagwitz, Lindenau, Neu- und Altlindenau mit einer Gesamtgröße von 339,4 ha (STADT LEIPZIG 2008, S. 4). Durch die Maßnahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN II konnten im Leipziger Westen bereits einige Bereiche stabilisiert werden. Andererseits existieren nach wie vor Gebiete, hauptsächlich in unmittelbarer Nähe zu Hauptverkehrsstraßen, die von dieser Entwicklung nicht profitieren konnten (STADT LEIPZIG 2008, S. 4). Während der

EFRE-Förderung standen dem Leipziger Westen 5 Mio. € zur Verfügung. 75 Prozent der Gesamtausgaben werden von EFRE bezuschusst, die restlichen 25 Prozent muss die Gemeinde finanzieren. Die verschiedenen Handlungsfelder erhielten im Einzelnen unterschiedliche Summen von den Fördergeldern. Für die städtebauliche Situation wurden 2,8 Mio. € angedacht, 0,95 Mio. € für die Bürgergesellschaft, 0,67 Mio. € für die Wirtschaft, 0,33 Mio. € für die qualifizierte Freizeitgestaltung und 0,25 Mio. € für die Programmbegleitung (STADT LEIPZIG 2008, S. 12). Diese Handlungsbereiche orientieren sich an den im KSP West 2009 benannten Schwerpunkten der Bereiche wirtschaftliche Entwicklung, soziokulturelles Netz, stadträumliche Qualität und Schaffung von Arbeitsplätzen (STADT LEIPZIG 2010, S. 22). Im Folgenden werden die Handlungsfelder der EFRE-Förderperiode 2007-2013 vorgestellt.

Handlungsfeld „Infrastruktur/städtebauliche Situation“

Der Handlungsschwerpunkt „Infrastruktur/städtebauliche Situation“ konzentriert sich auf Schwerpunktbereiche, die für ihre Umgebung weitere Impulse für private Folgeinvestitionen geben. Dies beinhaltet Maßnahmen rund um den Plagwitzer Bahnhof, die sich auf die Freiraumgestaltung beziehen und den Bau bzw. Ausbau verschiedener Wegeverbindungen, die als Bindeglied zwischen wichtigen Impulsgebern fungieren. Des Weiteren handelt es sich um Maßnahmen zur Aufwertung der Demmeringstraße, die eine neue Verbindung für Radfahrer und Fußgänger vom Auwald zum Lindenauer Hafen darstellen soll und parallel zur viel befahrenen Lützner Straße, die den Stellenwert einer Hauptverkehrsstraße im Untersuchungsgebiet übernimmt, verläuft (STADT LEIPZIG 2008, S. 8). Die Maßnahmen zur Neugestaltung des Plagwitzer Bahnhofs und zur Aufwertung der Demmeringstraße wurden in Anlehnung an den KSP West 2009 in das integrierte Handlungskonzept aufgenommen, da sie dort bereits erstmals erwähnt wurden (STADT LEIPZIG 2010, S. 28f.).

Handlungsfeld „Bürgergesellschaft“

Zentrale Aufgabe des Handlungsschwerpunkts „Bürgergesellschaft“ sollte die Stärkung der Selbstorganisation im Gebiet sein. Mithilfe bereits bestehender Strukturen aus der vorherigen Förderperiode sollten weitere Maßnahmen für eine verbesserte Selbstorganisation sorgen. Dazu zählten unter anderem die Errichtung eines Stadtteilmanagements, die Weiterführung des Forums „Leipziger Westen“, der

Ausbau des Integrations- und Begegnungszentrums Lindenau sowie der Sucht- und Gewaltprävention (STADT LEIPZIG 2008, S. 9).

Handlungsfeld „qualifizierte Freizeitgestaltung“

Dieses Handlungsfeld umfasst Sprachförderprojekte und das Aktionsprogramm „Kids im Stadtteil“, welches kleinteilige Projekte unterstützt, so dass das Lern- und Sozialverhalten der Kinder verbessert wird (STADT LEIPZIG 2008, S. 9).

Handlungsfeld „Wirtschaft“

Die mit dem Handlungsfeld „Wirtschaft“ verbundenen Maßnahmen hatten zum Ziel, Klein- und Kleinstbetriebe zu unterstützen, innovative Unternehmen anzusiedeln, die Unternehmenskommunikation zwischen den Akteuren zu stärken und den Leipziger Westen einheitlich zu vermarkten. Die Maßnahmen zielten auf die Verbesserung der Erwerbsperspektive und Erhöhung der Möglichkeiten für die einzelnen Unternehmen ab (STADT LEIPZIG 2008, S. 10).

Handlungsfeld „Programmbegleitung/Öffentlichkeitsarbeit“

Die Kommune ist verpflichtet, über die Maßnahmen durch Publikation und Pressearbeit auf lokaler Ebene zu informieren. Das Stadtteilmanagement übernimmt die wichtige Funktion der Öffentlichkeitsarbeit. Die Bürger müssen unter anderem an Diskussionen im Rahmen des Forums Leipziger Westen beteiligt werden (STADT LEIPZIG 2008, S. 11). Im Ganzen sind die Mittel zur Vorbereitung des integrierten Handlungskonzepts, zur Begleitung und abschließend für die Bewertung einzusetzen (SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN 2008, S. 4).

TEIL B – Forschungsdesign

5. Methodik

5.1 Evaluationsforschung

Unter Evaluationsforschung sind „[...] diejenigen Formen von Evaluationen zu verstehen, die sozialwissenschaftliche Forschungsverfahren als Mittel der Erkenntnisgewinnung einsetzen und sich an Standards der empirischen Sozialforschung orientieren.“ (BOHNSACK ET AL. 2011, S. 55). KROMNEY (2002, S. 98ff.) beschreibt Evaluation als ein spezifisches Forschungsdesign. Das

Handlungsprogramm, bestehend aus den durchgeführten Maßnahmen und den eingesetzten Instrumenten, wird mit den Effekten, die durch das Handeln entstehen, in Beziehung gesetzt und auf die Programmziele und ihren Erfolg hin bewertet. Das zu evaluierende Handeln steht dabei in enger Beziehung zu seiner sozialen Umwelt. Als Maßstab für den Erfolg gelten die Programmziele. Allerdings muss die Forschung berücksichtigen, dass nicht die Veränderungen zwischen den wirklichen Effekten und den Zielen ausschlaggebend für den Erfolg eines Programms sind. Die Effektivität kann erst durch die Zuweisung der Ursache für die Veränderung festgestellt werden. Die Unterschiede zwischen den wirklichen und den beabsichtigten Effekten müssen nicht zwingend auf die Maßnahmen des Programms zurückzuführen sein, sondern können ebenso durch Umgebungseinflüsse entstehen. Selbst in einem wirkungslosen Programm können positive Veränderungen der Zielvariablen auftreten, die anhand der Umwelteinflüsse zu erklären sind. Aufgrund negativer Umgebungseinflüsse können umgekehrt aber auch in einem wirksamen Programm nur geringe Veränderungen der Zielvariablen auftreten. Ein Programm gilt erst dann als erfolgreich, wenn die durchgeführten Maßnahmen für die Veränderung der Zielvariablen in die gewünschte Richtung verantwortlich sind. Es existieren verschiedene Evaluationstypen, die aufgrund ihres Untersuchungsgegenstandes unterschieden werden. Die Evaluation kann sich zum einen auf die Planung oder Durchführung eines Projekts beziehen, zum anderen den Blick auf die Wirkungen einer Maßnahme richten (DIEKMANN 2009, S. 38). Weitere Differenzierungen entstehen durch den Zeitpunkt der Evaluation. Parallel zum Programm laufende Evaluationen können rückkoppelnd die Fortführung des Programms beeinflussen und werden als formative Evaluation bezeichnet. Gutachten, die nach Programmende entstehen oder veröffentlicht werden, bezeichnet man hingegen als summative Evaluation (KROMNEY 2002, S. 102).

5.2 Methodischer Ansatz

Empirische Forschung versteht ATTESLANDER (2010, S. 3f.) als „[...] systematische Erfassung und Deutung sozialer Tatbestände.“ Dies bedeutet, dass theoretische Annahmen, unter der Einhaltung von Regeln, an der durch Sinnesorgane erfahrbaren Umwelt überprüft werden. Soziale Tatbestände benennt er als: „beobachtbares menschliches Verhalten, von Menschen geschaffene Gegenstände

sowie durch Sprache vermittelte Meinungen, Informationen über Erfahrungen, Einstellungen, Werturteile, Absichten.“ (ATTESLANDER 2010, S. 3f.) Die Forscher haben die Möglichkeit, quantitative oder qualitative Methoden sowie eine Kombination aus beidem anzuwenden. Welcher empirische Zugang letztlich gewählt wird, ist vom Untersuchungsgegenstand abhängig. Gilt das Interesse der präzisen Beschreibung eines Sachverhaltes und liegt diesem Sachverhalt genügend gesichertes Wissen zugrunde, ist die quantitative Methode geeignet, um an detaillierte Informationen zu gelangen. Handelt es sich dahingegen um ein spezielles Problemfeld mit explorativem Charakter, worüber kein hinreichendes Rahmenwissen existiert, können durch qualitative Erhebungsinstrumente empirische Daten ermittelt werden (KROMNEY 2002, S. 67f.).

Ausgehend von den formulierten Forschungsfragen bedeutet dies die Anwendung qualitativer Erhebungsinstrumente im Rahmen dieser Arbeit. Dadurch können die von LAMNEK (2005, S. 21) definierten zentralen Prinzipien qualitativer Sozialforschung der Offenheit und Flexibilität gewährleistet werden. Standardisierte Erhebungsmethoden besitzen zuvor festgelegte Antwortkategorien und begrenzen damit die Reichweite der Informationen. Im Gegensatz dazu lassen offene Instrumente Überraschungen bei der Erhebung zu, auf die genauer eingegangen werden kann. Dadurch wird der explorative Charakter aufrecht erhalten. Da die Verstetigung von Kommunikations- und Informationsstrukturen in Stadtentwicklungsprozessen noch ein relativ junges Feld der anthropogeographischen Forschung ist, verzichtet diese Untersuchung auf Hypothesenbildung, um die Erhebung möglichst offen gestalten zu können. Als geeignetes Erhebungsinstrument kristallisierte sich das leitfadengestützte Interview heraus. Im Folgenden soll darauf näher eingegangen werden.

5.3 Auswahl der Interviewform und Interviewpartner

Das qualitative Interview erinnert an ein Alltagsgespräch, welches durch den Wechsel von Fragen und Antworten geprägt ist. Erst durch die systematische Vorbereitung und die theoriegeleitete Kontrolle unterscheidet sich eine wissenschaftliche Befragung von einer alltäglichen (ATTESLANDER 2010, S. 111). ATTESLANDER (2010, S. 134) differenziert zwischen der wenig strukturierten, der teilstrukturierten und der stark strukturierten Befragung. In der vorliegenden Arbeit

kommt das teilstrukturierte Interview zur Anwendung. Grundlage dafür bildet ein Fragenkatalog, welcher als Leitfaden durch die Befragung führen soll (siehe Anhang). Im Gegensatz zum offenen Interview besteht die Möglichkeit, die Gesprächsrichtung durch den Leitfaden zu lenken, um sichern zu können, dass wichtige Aspekte angesprochen werden und alle Interviews desselben Leitfadens eine gewisse Vergleichbarkeit erhalten. Andererseits sind die Fragen offen gehalten und dienen lediglich als Orientierungsrahmen. Die sich aus dem Gespräch ergebenden Themen können vom Interviewenden aufgegriffen und durch weiterführende Fragen ergründet werden (BOHNSACK ET AL. 2011, S. 114).

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden überwiegend Akteure der kommunalen Ebene befragt, aber auch die Einschätzungen eines zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Akteurs fanden Einzug in die Arbeit. Von größerem Interesse war jedoch aus jedem im Kapitel 4.2 erwähnten Handlungsfeld Erkenntnisse zu gewinnen. Die Grundlage zur Auswahl der Interviewpartner lieferten Recherchen im Internet (STADT LEIPZIG, Internetseite zum Leipziger Westen) und die Befragung und Auswertung der ersten Interviewmaterialien. Am Ende wurden mit Norbert Raschke, Frank Basten, Peggy Diebler, Thorsten Mehnert und Elke Laganowski Interviews geführt. Im späteren Verlauf erfolgt eine kurze Beschreibung der einzelnen Personen.

Die Einordnung der Interviewten als Experten oder Akteure bereitete einige Schwierigkeiten, da in der einschlägigen Literatur der Expertenbegriff bisher wenig diskutiert ist. Nach BOHNSACK ET AL. (2011, S. 57) grenzt sich Expertenwissen als spezialisiertes Sonderwissen vom Alltagswissen des Laien ab. Als Experten gelten Menschen, die über besondere Erfahrung im Umgang mit den Probanden oder dem Forschungsgegenstand verfügen (ATTESLANDER 2010, S. 141). Historisch gesehen war der Begriff nur im beruflichen Kontext gebräuchlich. Das jedoch änderte sich mit der zunehmenden Partizipation privater Akteure in Bürgerinitiativen, Vereinen, Selbsthilfegruppen, Hilfsorganisationen und anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten, die sich somit in den jeweiligen Bereichen spezialisiertes Sonderwissen aneignen. Demnach resultiert das spezielle Wissen des Experten aus seiner Sonderstellung im jeweiligen Kontext (BOHNSACK ET AL. 2011, S. 57). Bei Interviewpartnern aus der städtischen Verwaltungsstruktur, wie dem Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, liegt es nahe, diese als Experten einzustufen. Aber auch

die privaten Akteure, die für eine Befragung bereitstanden, können hinsichtlich ihres Engagements gewissermaßen als Experten bezeichnet werden. Sie verfügen ebenfalls aufgrund ihrer Tätigkeiten über ein spezialisiertes Sonderwissen. Im Folgenden findet eine kurze Beschreibung der einzelnen Interviewpartner statt.

Norbert Raschke ist Sachgebietsleiter für das Stadterneuerungsgebiet Leipziger Westen und im Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung speziell der Abteilung Stadterneuerung West tätig. Aus diesem Grund ist er eindeutig der kommunalen Ebene zuzuordnen. Durch seine Aufgabe als Programmsteuerer für das EFRE-Programm war anzunehmen, dass er zu jedem Handlungsfeld über spezielles Wissen verfügt.

Frank Basten wurde von der Stadt Leipzig als Koordinator für den Handlungsschwerpunkt „Wirtschaft“ beauftragt. Demnach richtete sich das Erkenntnisinteresse insbesondere auf den Schwerpunkt Wirtschaft. Durch seine Tätigkeit für die Stadt ist Frank Basten in erster Linie als kommunaler Akteur einzuordnen. Allerdings ist sein Unternehmen „freie Wirtschaftsförderung“ im Gebiet verortet, weshalb er ebenfalls auf privatwirtschaftlicher Ebene agiert.

Peggy Diebler war während der Förderperiode als Stadtteilmoderatorin im Quartiersmanagement Leipziger Westen beschäftigt. Als Schnittstelle zwischen Bewohnern, Wirtschaft und Verwaltung ist ein schwerpunktübergreifender Erkenntnisgewinn zu erwarten, insbesondere die „Bürgergesellschaft“ und die „Programmbegleitung/Öffentlichkeitsarbeit“ sollen im Zentrum stehen. Auch die Quartiersmanagerin ist vorrangig dem kommunalen Sektor zuzuordnen, lässt sich durch ihr integriertes Handeln jedoch nicht ausschließlich dort verorten.

Thorsten Mehnert ist seit 2009 Gründer und Vorstand der Stiftung „Ecken wecken“. Im Rahmen der Stiftung engagiert er sich, neben mehreren kleinen Projekten, im Kern für die Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz und ist seit 2013 Mitglied des Quartiersrats im Leipziger Westen. Er ist dem zivilgesellschaftlichen Sektor zuzuordnen.

Elke Laganowski war während der Förderperiode Stadtteilkoordinatorin für Jugend und Bildung im Leipziger Westen. Im Rahmen der Förderung war sie als Vertreterin des Amtes für Jugend, Familie und Bildung im Beirat des Programms „Kids im Stadtteil“ und für die Bewertung von Projektanträgen zuständig. Das Interview sollte

im Wesentlichen Erkenntnisse zum Handlungsfeld „qualifizierte Freizeitgestaltung“ bringen. Auch sie ist als kommunaler Akteur einzuteilen.

Die Interviews wurden in den Räumlichkeiten der Interviewpartner und im Stadtteilladen durchgeführt. Nach Absprache mit den einzelnen Personen wurden die Interviews mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet. Im Weiteren Verlauf folgte die wörtliche Transkription des gesammelten Materials. Dabei wurden keine Veränderungen im Sprachstil vorgenommen. Zum besseren Verständnis erfolgte lediglich die Berichtigung von Versprechern, fehlerhafter Grammatik und Wiederholungen. Die Auswertung der Interviews orientiert sich an den vorher formulierten Forschungsfragen. Wichtige Aussagen aus den Interviews wurden speziellen Kategorien zugeordnet. Dies war notwendig, um die Forschungsfragen im Detail zu beantworten.

Teil C - Auswertung

6. Untersuchungsgebiet Leipziger Westen

6.1 Soziodemographische Daten

Das Fördergebiet befindet sich in zentrumsnaher Lage im Leipziger Westen und umfasst partiell die Stadtteile Lindenau, Alt- und Neulindenau und Plagwitz. Der Ortsteil Plagwitz befindet sich im Stadtbezirk Südwest, wohingegen die anderen Ortsteile dem Stadtbezirk Alt-West zugehörig sind (STADT LEIPZIG 2012, S. 165ff.). Im Norden grenzt das Gebiet an die Duncker-Siedlung, den Stadtteil Leutzsch und weiter nordöstlich an den Leipziger Auwald in unmittelbarer Nähe zum Elsterbecken. Östlich befinden sich der Stadtteil Schleußig und Teile des bereits stabilisierten Plagwitz. Der südliche Teil wird von Kleinzschocher begrenzt, während das Untersuchungsgebiet im Westen über die Bahnschienen hinaus die westlichen Gewerbegebiete umfasst. Insgesamt erstreckt sich der EFRE geförderte Westen über 339,4 ha Fläche (STADT LEIPZIG 2008, S. 4).

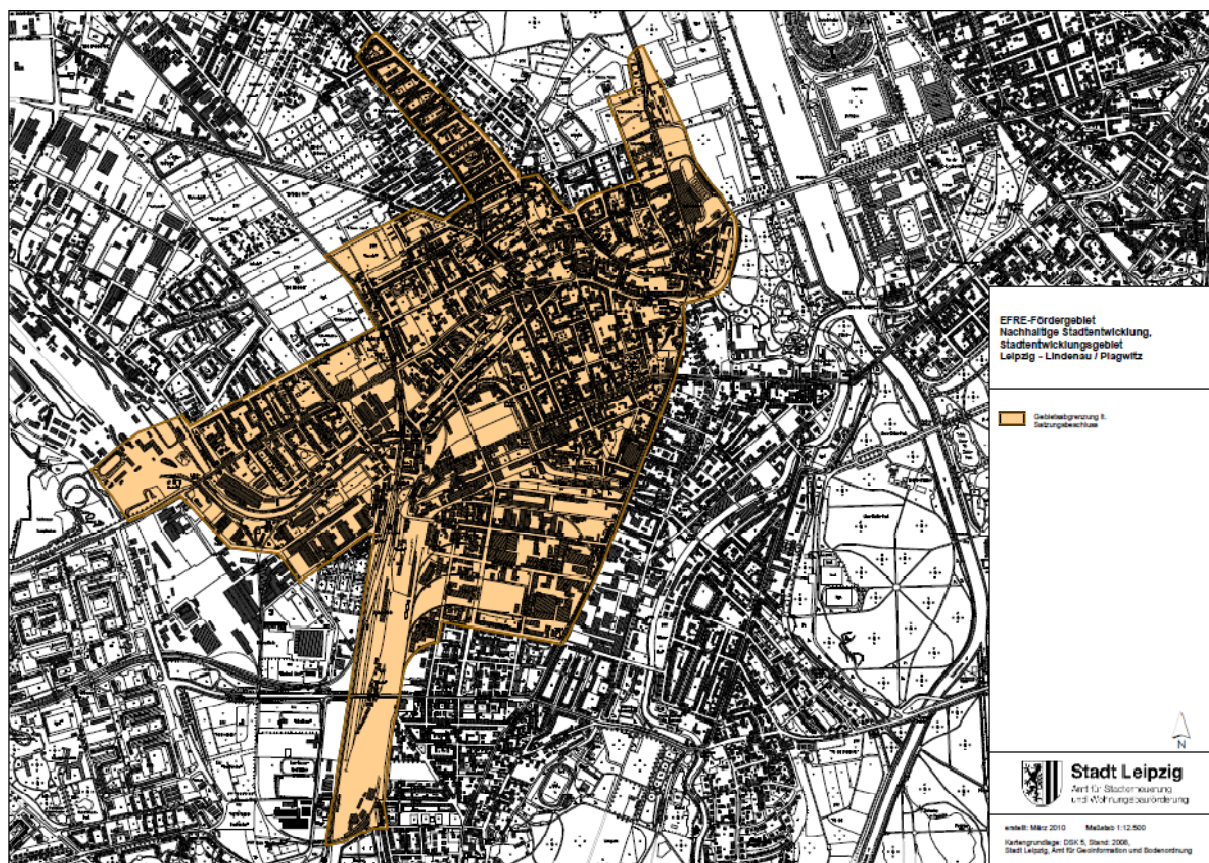


Abb. 1: Abgrenzung Untersuchungsgebiet Leipziger Westen (Stadt Leipzig 2011, S. 113)

Im Fördergebiet leben insgesamt 19 485 Einwohner. Das Durchschnittsalter liegt mit 37 Jahren 6,9 Jahre unter dem gesamtstädtischen Altersschnitt. Dieser Fakt ist zum einen auf die Jugendquote¹ von 22,8% im Verhältnis zur Altenquote² mit 16,9% und dem überproportionalen Anteil der Bewohner in der Altersgruppe von 20 bis 35-Jährigen zurückzuführen (Stand 2010). Wie in Abb. 2 zu erkennen ist, steigt die Bevölkerungsentwicklung seit 1998 stetig an. Auch im Jahr 2010 war der Wanderungssaldo im positiven Bereich, da es in der Summe 776 mehr Zuzüge als Wegzüge gab. Trotz der positiven Tendenzen weist das Untersuchungsgebiet mit 16,3% im Vergleich zur Stadt Leipzig einen um 6,4% höheren Arbeitslosenanteil auf und auch die Zahl der Leistungsempfänger übertrifft den stadtweiten Durchschnitt um 11,2% (Stand 2010) (STADT LEIPZIG 2011, S. 110ff.).

1 0 bis unter 20-Jährige an 20 bis unter 65-Jährigen
 2 über 65-Jährige an 20 bis unter 65-Jährigen

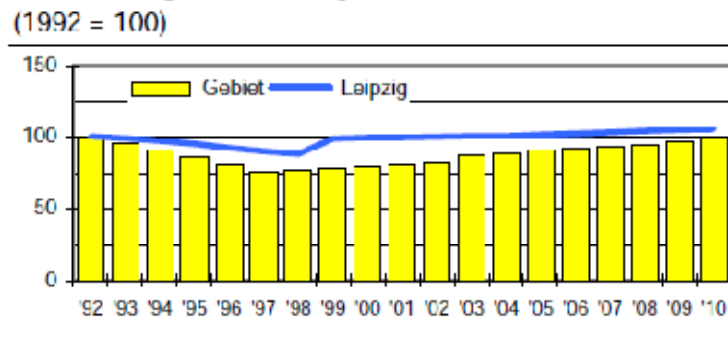


Abb. 2 Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet Leipziger Westen (Stadt Leipzig, 2011, S. 110)

Das Fördergebiet ist durch seine heterogene Bebauung geprägt. Neben vielen gründerzeitlichen Wohngebäuden existiert eine Vielzahl interessanter Industriebauten, die auf frühere, stark industriell geprägte Strukturen hinweisen. Der folgende Abschnitt zur historischen Entwicklung liefert zu den industriellen Strukturen mehr Informationen.

6.2 Historischer Kontext

Plagwitz war einst ein kleines Dorf westlich von Leipzig. Der älteste Siedlungspunkt lag nach 700 vermutlich in der Nähe der heutigen Zschocherschen Straße. Man vermutet, dass es sich um eine Siedlung in Form eines Rundlings handelte, allerdings gibt es dazu keine Überlieferungen mehr. Der Ortsname ist vom altsorbischen Wort „placht“ abgeleitet und bedeutet abgeteiltes Feld, was auf die fruchtbaren Böden und den damit verbundenen ertragsreichen Ackerbau zurückzuführen ist (PRO LEIPZIG 1994b, S. 4). Im Jahr 1468 wurde Plagwitz erstmals als „Plochewitz“ urkundlich erwähnt (PRO LEIPZIG 1994b, S. 5). In Lindenau ließen sich die ersten Siedler um 1000 nieder und legten die Siedlung in Form eines Angerdorfs an. Sie benannten die Siedlung aufgrund der Lage „Lindinoue“, da sich der Ort in einer mit Linden bewachsenen Aue befand. Schon im Jahr 1527 verkauften die Brüder Sigismund und Caspar von Lindenau ihren Rittersitz und das dazugehörige Dorf mit allen Erb- und Lehnsrechten an den Leipziger Rat (PRO LEIPZIG 1994a, S. 4f.). Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Plagwitz nicht mehr als 150 Einwohner, bis sich Mitte des 19. Jahrhunderts erste Industrieunternehmen ansiedelten. (PRO LEIPZIG 1994b, S. 5ff.). Ähnlich sah auch die Entwicklung in

Lindenau aus. Im Jahr 1834 lebten nur 998 Einwohner in dem Ort. Die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1860 führte zum sprunghaften Anstieg der Einwohnerzahl, da dies den Grundstein für die industrielle Entwicklung des Gebiets legte. Bis Ende des 19. Jahrhunderts lebten bereits über 15 000 Einwohner in Lindenau (PRO LEIPZIG 1994a, S. 8ff.). Doch schon 1854 kaufte der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Karl Heine einige bäuerliche Grundstücke in Plagwitz, da er früh das industrielle Potenzial der Ortschaft erkannte. Durch die Weiße Elster und Pleiße wird die Region regelmäßig von Hochwassern heimgesucht, so dass Heine gegenüber der Stadt Leipzig und den sächsischen Behörden Vorschläge zur Regulierung der Flüsse einreichte. Dadurch wurde die Elster von Leipzig aus schiffbar (PRO LEIPZIG 1994b, S. 10f.). Zum Ausbau Leipzigs als Industriestandort ließ er die heutige Karl-Heine-Straße bauen, um eine schnelle Verbindung zur Stadt zu erhalten. Innerhalb weniger Jahrzehnte stieg die Zahl der Unternehmensgründungen, wodurch Plagwitz zum Industrieort wurde (KRÜGER, RÜDIGER 1999, S. 12ff.). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die Industrielle Revolution in den 50er und 60er Jahren des 19. Jahrhunderts. Aus diesem Grund zählte auch Plagwitz 1890 bereits über 13 000 Einwohner. Am 1. Januar des darauffolgenden Jahres erfolgte die Eingemeindung der beiden Orte in die Stadt Leipzig (PRO LEIPZIG 1994a, S. 25; PRO LEIPZIG 1994a, S. 13). Viele Maßnahmen von Heine richteten sich auf die Infrastruktur aus. Neben den Kanalbauarbeiten schloss er mit den Staatsregierungen Gleisanschlussverträge und ließ vom neu in Betrieb genommenen Bahnhof Plagwitz-Lindenau Industrieanschlüsse für 37 Fabriken bauen (PRO LEIPZIG 1994a, S. 12). In Verbindung mit der Eröffnung der Pferdebahnlinie zwischen Plagwitz und Lindenau 1872 und neun Jahre später zwischen Lindenau und Leipzig waren diese infrastrukturellen Maßnahmen erfolgreiche Katalysatoren für die rasche Industrialisierung (PRO LEIPZIG 1994a, S. 12f.).

Während des zweiten Weltkrieges stand auch die Stadt Leipzig unter Beschuss. Obgleich auch in Plagwitz und Lindenau die Rüstungsproduktion angesiedelt war, kamen die Stadtteile mit vergleichsweise geringen Zerstörungen davon. Nach dem 2. Weltkrieg wurden zwischen 1946 und 1953 einige wichtige Großbetriebe enteignet (KRÜGER, RÜDIGER 1999, S. 25). Die Wohnbauten zu dieser Zeit wiesen erhebliche Mängel auf. Trotzdem wurde überwiegend auf deren Sanierung verzichtet. Der Abriss einzelner Wohnhäuser lässt vermuten, dass Plagwitz als Industriestandort aufrechterhalten werden, jedoch nicht als Wohnstandort dienen sollte. Infolgedessen

wird Plagwitz 1993 ins Städteförderungsprogramm des Freistaates Sachsen aufgenommen (PRO LEIPZIG 1994b, S. 34ff.). Aufgrund der Sanierungsdefizite der zumeist vor 1919 entstandenen Wohnbauten und der vielen Industriebrachen war dieser Schritt unumgänglich (PRO LEIPZIG 1994b, S. 41). Kurz vor der Wende umfasste der Stadtteil 37 000 Einwohner, 800 Betriebe mit fast 40 Großbetrieben und 18 000 Beschäftigten (PRO LEIPZIG 1994b, S. 36). Bedingt durch das Abbrechen der mittel- und osteuropäischen Absatzmärkte zur politischen Wende 1989/90 mussten 80 Prozent der Unternehmen ihre Tätigkeiten einstellen. Dieser Zeitraum galt als absoluter Tiefpunkt in der Geschichte des Leipziger Westens. Während dieser Phase entschied sich die Stadt, die städtebauliche Struktur aufrechtzuerhalten und gleichwohl die denkmalgeschützten Industriebauten zu integrieren (DIETZE ET AL. 1999, S. 39ff.). In den 90er Jahren konzentrierte sich die Mittelbündelung auf die Sanierung der Gebäude. Mit dem Versuch möglichst viele verschiedene Fördermittel zu verwenden, wurden einige Verbesserungen in der Wohnsubstanz herbeigeführt. Erst 1997 setzte die Umorientierung von der Sanierung auf das Wohnumfeld ein (DIETZE ET AL. 1999, S. 50f.).

7. Auswertung des Interviewmaterials

7.1 Betrachtung der Akteure im Untersuchungsgebiet

In den Interviews wurde stets nach der Beteiligung von Akteuren gefragt, die sich während der Förderperiode für das Untersuchungsgebiet engagierten. Um die am Verstetigungsprozess beteiligten Akteure ermitteln zu können, wurde eingangs folgende Forschungsfrage zugrunde gelegt:

„Welche Akteure beteiligten sich während der EFRE-Förderperiode 2009 bis 2013 im Leipziger Westen und welche Bedeutung wurde ihnen zuteil?“

Grundlage für die Auswertung ist die Einordnung in drei Akteursgruppen, die in dieser Form auch von der einschlägigen Literatur vorgenommen wird. Die erste Gruppe soll die öffentlichen Akteure umfassen. Dabei handelt es sich um Personen, die in kommunalen oder staatlichen Institutionen angestellt sind, oder aus dem Bereich der Politik kommen und aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit an dem Programm mitgewirkt haben. Die nächste Gruppe besteht aus privatwirtschaftlichen Akteuren. Neben Banken und Unternehmen verschiedenster Art zählen dazu

Eigentümer, die Immobilien im Quartier besitzen sowie weitere wirtschaftsnahe Institutionen. Die letzte, hauptsächlich auf ehrenamtlicher Basis agierende Gruppe beschreibt die zivilgesellschaftlichen Akteure. Diese Akteursgruppe umfasst alle Privatpersonen, Initiativen, Vereine und Verbände, die sich fernab des Staates oder des Marktes im Quartier beteiligen. Diese scharfe Abgrenzung trifft jedoch nicht auf jeden Akteur zu, weshalb im Weiteren eine intermediäre Form existiert, die ebenenübergreifend zum Markt, zur Zivilgesellschaft und zum Staat zugeordnet werden kann.

Im Rahmen der Interviews werden im Bereich des privatwirtschaftlichen Sektors Investoren wie Eigentümer und Unternehmen (INTERVIEW WPA S. 2), Einzelhandelsgeschäfte und andere Institutionen, wie z.B. die Leipziger Verkehrsbetrieb (INTERVIEW TTG S. 1f.) sowie die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer (INTERVIEW APK S. 3) angegeben. Der überwiegende Anteil der Unternehmen beschäftigt null bis fünf Mitarbeiter und nur einige Ausnahmen arbeiten mit bis zu 50 Angestellten. 80 bis 90 Prozent sind dienstleistungsorientierte Unternehmen, von denen ein Großteil der Kultur- und Kreativwirtschaft zuzuordnen ist. Unternehmen des produzierenden Gewerbes sind weniger im Stadtentwicklungsprozess beteiligt, allerdings ist die Unternehmensstruktur in Leipzig generell vorwiegend dienstleistungsorientiert (INTERVIEW APK S. 4). Ein Interviewpartner (INTERVIEW WPA S. 2) hebt die Eigentümer und Investoren als besonders wichtige Akteure für den Stadtteil hervor, da sie kaum Fördergelder in Anspruch nehmen und viele private Mittel für die räumliche Entwicklung investieren. Auch die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer werden als immanenter Netzwerkpartner betrachtet (INTERVIEW APK S. 3).

Die benannten Vertreter des zivilgesellschaftlichen Sektors sind wesentlich heterogener aufgestellt. In den Interviews werden insbesondere die Bewohner des Gebiets aufgeführt. Dabei handelt es sich von Studenten über Familien bis hin zu Rentnern über verschiedene Altersgruppen in den unterschiedlichsten Lebenslagen. Hinzu kommen Vereine, Verbände, Initiativen und Träger, die ebenfalls der Zivilgesellschaft zuzuordnen sind. Als Vertreter werden unter anderem das Mütterzentrum e.V., Fairbund e.V. (INTERVIEW IHU S. 2), die AG Gemeinwesen, Westbesuch e.V., der Bürgerverein Lindenau und die Initiative Bürgerbahnhof

Plagwitz (INTERVIEW TTG S. 8) aufgezählt. Wie an diesen Beispielen erkennbar ist, sind sowohl soziale Einrichtungen und Initiativen als auch kulturelle Vereine vertreten. In den Gesprächen wurden noch weitere Einrichtungen genannt, für eine exemplarische Übersicht sollten die Vertreter jedoch genügen. Die Beteiligung von Seiten benachteiligter Bevölkerungsgruppen fand zwar statt, wurde aber als ausbaufähig empfunden. Durch die kostenlose Stadtteilzeitung „Dreiviertel“ konnte bereits eine Form von Beteiligung, durch das Informieren der Anwohner, auf unterer Ebene erfolgen und nicht nur durch elektronische Medien weitergereicht werden, die nicht immer alle Bewohner erreichen. Außerdem dienten soziale Vereine und Initiativen als Sprachrohr ihrer Gruppen und viele kleine Projekte richteten sich speziell auf benachteiligte Menschen, z.B. das Programm „Kids im Stadtteil“ (INTERVIEW TTG S. 5). Grundsätzlich ist diese Akteursgruppe durch ehrenamtliches Engagement von Privatpersonen geprägt. Einige dieser Personen sind aufgrund ihres höheren Bildungsniveaus, des sozialen Status oder durch ihre Ausstrahlung sehr präsent und haben die Fähigkeit, andere Akteure zu beeindrucken und zu motivieren. Deswegen nehmen charismatische Personen, die sich für das Quartier einsetzen, eine elementare Rolle für die Entstehung dauerhafter Strukturen ein (INTERVIEW TTG S. 4).

Die Aufzählungen für den öffentlichen Sektor beziehen sich im überwiegenden Maße auf Einrichtungen der Stadt Leipzig. Als federführend für die EFRE-Förderung steht an erster Stelle das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung. Hinzu kommen das Stadtplanungsamt, Kulturamt, Jugendamt, Sozialamt, Amt für Wirtschaftsförderung und einige mehr. Neben den diversen Ämtern sind Politik und das „[...]Quartiersmanagement, sowohl der Stadt Leipzig als auch landes- und bundesweit [...]“, mit denen ein fachlicher Austausch stattfand, weitere Akteure des kommunalen Sektors (INTERVIEW TTG S. 2). Dem Quartiersmanagement wurde von allen Interviewpartnern eine elementare Rolle im Gebiet zugewiesen. Es agiert als wichtige Schnittstelle zwischen den privaten und den öffentlichen Akteuren, generiert Beteiligung, dient als neutraler Ansprechpartner vor Ort und ist mit einer hohen Akzeptanz bei den Akteuren ausgestattet (INTERVIEW WPA S. 6). Da das Stadtumbaumanagement eine verbindende Rolle zwischen den Akteuren einnimmt, kann es nicht ausschließlich dem kommunalen Sektor zugeordnet werden, sondern beschreibt einen ebenenübergreifenden Akteur.

Die Beteiligung der eben erwähnten Akteure aus den unterschiedlichen Sektoren ist kennzeichnend dafür, dass das Programm in seiner Durchführung das Governance-Konzept aufgreift. Die Akteursgruppen agieren nicht unabhängig voneinander, sondern arbeiten vernetzt zusammen. Die Stadtteilentwicklung war in diesem Zeitraum keine reine Verwaltungsarbeit und nutzte die vorhandenen Potenziale vor Ort (INTERVIEW TTG S. 15).

7.2 Sich selbsttragende Strukturen im Untersuchungsgebiet

7.2.1 Maßnahmen zur Entstehung dauerhafter Strukturen

Im Folgenden wurde aus dem Interviewmaterial herausgefiltert, inwiefern schon vor und während der Programmdurchführung Maßnahmen zur Verstetigung solcher Strukturen geplant und umgesetzt wurden.

Einer der Interviewpartner (INTERVIEW TTG S. 6f.) führte aus, dass die Entscheidung über Maßnahmen schon vor dem Programm mit einem intensiven Diskussionsprozess beginnt. „Also die Vorbereitung von Maßnahmen ist im ersten Schritt einfach ein Bewusstmachen des Auslaufens der Förderperiode. [...] Und darauf aufbauend [in] ein[en] Diskussionsprozess zu gehen, wie Verstetigung aussehen kann und welche Maßnahmen getroffen werden können. Und den Diskussionsprozess gab es sowohl verwaltungsintern als auch mit Politik als auch mit Akteuren.“ Im Dialog wurde besprochen, welche Netzwerke und welche Prozesse letztlich dauerhaft etabliert werden sollen und welche Unterstützung dafür notwendig ist, um bereits während der Förderung insbesondere diese Strukturen zu stärken und gegebenenfalls in die Antragstellung für mögliche spätere Fördermöglichkeiten aufzunehmen. Zu dieser Zeit gab es schon erste Überlegungen zum Quartiersrat, um das bürgerschaftliche Engagement und deren gewonnene Erfahrungen an das Quartier zu binden. Des Weiteren wurde diskutiert, welche Ansprechpartner auch nach Auslaufen der Förderung im Gebiet verankert bleiben sollen. In diesem Zusammenhang fand die Zukunft des Quartiersmanagement und Stadtteilladens früh Einzug in den Diskussionsprozess (INTERVIEW TTG S. 7).

Im Projektantrag wurden dann bereits erste Maßnahmen zur Vorbereitung der Verstetigung aufgeführt. Dafür wurden exemplarisch die baulichen Maßnahmen „[...] z.B. den Gleisgrünzug Plagwitzer Bahnhof oder auch die Aufwertung der

Demmeringstraße als Ost- Westachse, die dann parallel zur Lützner Straße für den nichtmotorisierten Verkehr eben auch dienen soll“, aufgeführt (INTERVIEW WPA S. 7). Des Weiteren wird die gesamte bürger- und vereinsnahe Arbeit, als einen von vornherein auf Verstetigung ausgelegten Bereich, benannt (INTERVIEW APK S. 4). Angesichts des Aufbaus nachhaltiger Netzwerkstrukturen stellten sich schon früh die Fragen: „[...] [W]em kann man die übertragen? Wo gibt’s Akteure, die sich besonders verantwortlich fühlen?“ (INTERVIEW IHU S. 10). Diese Überlegungen begleiteten nachfolgend den gesamten Verstetigungsprozess, so dass mit dem Wissen Netzwerke bewusst aufgebaut und moderiert wurden. Deswegen kann dieser Prozess ebenfalls als Maßnahme gewertet werden. Oberste Priorität hat jedoch die Förderung der Kommunikation zwischen allen Akteuren. Maßnahmen dafür existierten auf den unterschiedlichsten Ebenen. Beginnend mit dem Forum Leipziger Westen, Themengruppen und Themenabenden über die Öffentlichkeitsarbeit im Internet, zum einen auf der Homepage, zum anderen bei dem populären sozialen Netzwerk Facebook, bis hin zur Quartierszeitung „Dreiviertel“ sind nur einige Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten hier aufgezählt (INTERVIEW TTG S. 1f.). Es wurden Personen im Gebiet beauftragt, die für die Quervernetzung zwischen der zivilgesellschaftlichen und der privatwirtschaftlichen Ebene zuständig waren. „[...] [D]as sind die Prozesse, die wir ja initiiert haben. Ist ja nicht nur das Managen und Zusammenbringen von Bürger und Vereinen auf der einen Seite und Unternehmen auf der anderen Seite, sondern wir haben auch die Quervernetzung gemacht. Quervernetzung heißt immer wieder mitzukriegen, für Vereine, was tut sich hier wirtschaftsseitig [...]“ (INTERVIEW APK S. 5). Da gerade Unternehmen vorwiegend im Verborgenen arbeiten, wurden Projekte initiiert, die der Arbeit ein Gesicht geben sollten. Dazu zählt unter anderem das Projekt „Schau“, oder der Unternehmerstammtisch, der durchaus auch als Netzwerk betrachtet werden kann und Unternehmer verschiedener Branchen zusammenführt (INTERVIEW APK S. 6).

7.2.2 Bewertung der Strukturen

Dieser Bereich soll sich mit sich selbsttragenden Strukturen auseinandersetzen, die in Folge der EFRE-Förderperiode 2009 bis 2013 im Leipziger Westen entstanden sind und auch nach Auslaufen der Förderung positive Effekte für das Quartier besitzen. Es wurden sowohl Strukturen benannt, die in die Dauerhaftigkeit überführt

werden konnten, als auch welche, die sich noch nicht selbst tragen können, denen aber trotzdem eine große Bedeutung für das Quartier beigemessen wird, so dass auch diese auf längere Sicht im Gebiet etabliert werden sollten. Dem wurde folgende Fragestellung zugrunde gelegt:

„Welche Verstetigungsstrukturen haben sich im Rahmen des EFRE-Förderprogramms gebildet, die auch nach Auslaufen der Förderung positive Effekte für das Quartier generieren können?“

Der Stadtteilladen konnte vorerst in die nächste Förderung überführt werden. Da er ein Instrument für den Kommunikations- und Informationsaustausch ist und als erster Kontakt zwischen Bürger und Quartiersmanagement dient, ist der Erhalt des Ladens als äußerst wichtig zu bewerten. Zudem nutzt aktuell die Koordinatorin für Jugend und Bildung des Leipziger Westens die Räumlichkeiten, so dass neuerdings ein Ansprechpartner der sozialen Ebene in räumlicher Nähe zu den Bürgern agiert (INTERVIEW TTG S. 7). Neben dem Stadtteilladen bleibt dem Gebiet das Quartiersmanagement erhalten. Es wurde zu Beginn des Jahres 2013 in das Stadtumbau Ost-Programm überführt und wird in Zukunft aus diesem Fördertopf weiter finanziert. Da das Programm bis 2020 läuft, kann mit dieser wichtigen Schnittstelle im Gebiet längerfristig geplant werden (INTERVIEW WPA S. 6). Das Quartiersmanagement wurde von jedem Interviewpartner als immanent wichtig während des Förderzeitraums und als unbedingt erhaltbare Struktur nach Auslaufen der Förderung beurteilt. Allerdings kam während eines Interviews zum Ausdruck, dass die Überführung in das Stadtumbau Ost-Programm gleichzeitig das Handeln und die Strukturen in eine negative Richtung gelenkt hätten. „Also der Quartiersmanagementgedanke hat sich ein bisschen verflüchtigt“, da seit der Überführung zum heutigen Stadtumbaumanagement anders nach außen publiziert wird als vorher (INTERVIEW APK S. 10). Das bedeutet im Speziellen, dass der Stadtteilladen für den privatwirtschaftlichen Sektor nicht mehr als Anlaufpunkt und Kommunikationsgrundlage angesehen wird und die Nachfrage an Couching weggebrochen ist. Während der Programmlaufzeit standen der Vernetzungsgedanke und das integrative Handeln im Vordergrund, wodurch auch die Wirtschaft angesprochen wurde. Da die finanziellen Mittel nun jedoch aus einem anderen Förderprogramm kommen, müssen dem gegenüber andere Bedingungen und

Richtlinien erfüllt werden, die diesen Vernetzungsgedanken in den Hintergrund gerückt haben (INTERVIEW APK S. 10).

Im baulichen Bereich wurden einige Projekte beendet, „[...] die aufgrund v.a. auch von der Freiflächengestaltung bzw. der Gestaltung von Wegebeziehungen, Zusammenhalt und Kontaktmöglichkeiten fördern“ (INTERVIEW TTG S. 8). Mittelfristig profitiert das Gebiet durch einen Imagegewinn, da die punktuelle Aufwertung Investitionen im übrigen Gebäudebestand hervorrufen und teils bereits hervorgerufen haben. Demzufolge erhöht sich der Lagewert des Stadtgebietes, wodurch ein Bevölkerungsanstieg zu erwarten ist (INTERVIEW WPA S. 7). Aufgrund der positiven Effekte für das Quartier sind deswegen baulichen Maßnahmen ebenfalls als eine Form von sich selbsttragenden Strukturen zu betrachten.

Von wirtschaftlicher Seite her kristallisieren sich einige Strukturen heraus, die weiterhin für das Quartier relevant sein werden. Eine Umfrage bei Unternehmen hat ergeben, dass sich Wirtschaftsunternehmen gern am Stadtentwicklungsprozess beteiligen. Sie besitzen ein großes Interesse an der Entwicklung des Stadtteils, in dem sie angesiedelt sind (INTERVIEW APK S. 7). Deshalb kann man davon ausgehen, dass sich die Wirtschaft auch künftig engagieren wird, solange sie einen Mehrwert für sich dabei sehen. Eine wichtige Form der Beteiligung, die während der EFRE-Förderung entstand, ist das Netzwerken von Akteuren des privatwirtschaftlichen Sektors. Die Unternehmensstruktur im Leipziger Westen ist sehr kleinteilig, weshalb privates Kapital nur in geringeren Mengen vorhanden ist. Dadurch wächst die Bedeutung von Kooperationen, nicht nur innerhalb der einzelnen Branchen, sondern auch branchenübergreifend (INTERVIEW APK S. 6). Allerdings ist festzuhalten, dass auf Wirtschaftsseite derzeit noch nicht genügend in Kooperation gedacht wird (INTERVIEW APK S. 7). Der Unternehmerstammtisch gehört zu einem dieser Netzwerke und übernimmt eine wichtige Rolle im Verstetigungsprozess. Dort entstehen neue Formen der Zusammenarbeit zwischen überwiegend Kleinunternehmen der verschiedensten Branchen, direkt bei den Akteuren vor Ort und nicht in der Anonymität versteckt. Der Stammtisch wird derzeit noch vom ASW finanziert und soll in die Dauerhaftigkeit überführt werden (INTERVIEW WPA S. 8). Die durch den Stammtisch neu entstandenen Formen der Zusammenarbeit können jedoch bereits als nachhaltig betrachtet werden. In einem Interview wird des Weiteren die Kooperationsvereinbarung zwischen der mobilen Standortgemeinschaft Lindenauer

Markt und dem dort ansässigen Kaufland, die ebenfalls auf Langfristigkeit angelegt ist, benannt (INTERVIEW TTG S. 8). Über Sponsoring von der privatwirtschaftlichen Seite sind die Aussagen der Interviewpartner sehr vage. „Wahrscheinlich gibt es die, aber das ist noch nicht richtig präsent“ (INTERVIEW WPA S. 10). Insgesamt ist das Engagement von Unternehmen in Vereinen oder Initiativen durchaus vorhanden, beispielsweise werden in der Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz unter anderem Gewerbetreibende benannt, die sich an der Planung und Umsetzung des Grünzugs am ehemaligen Bahnhof beteiligen (INTERVIEW LNB S. 1). Nur über die Zielgerichtetheit und das Ausmaß existieren keine sicheren Aussagen. Die Investitionen von privatem Kapital, die nachweislich vorhanden sind, umfassen nur kleinere Mengen und fließen überwiegend in kleine Projekte, aber nicht in Netzwerke, wie dem Unternehmerstammtisch oder ähnlichen Strukturen. Dadurch ist die Dauerhaftigkeit für diese Form noch nicht gegeben und weiterer Handlungsbedarf vorhanden (INTERVIEW APK S. 6). Als letzter Punkt in diesem Bereich wurden die KMU-Förderungen angegeben. Durch die finanzielle Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen konnten sich Start-up-Unternehmen im Stadtteil ansiedeln, die unter anderem die Karl-Heine-Straße als Geschäftsstraße wiederbelebten und folglich für eine positive Außenwirkung im Quartier sorgen (INTERVIEW IHU S. 9).

Neben den streng auf Wirtschaft ausgerichteten Netzwerken existieren zudem heterogenere Netzwerke, die aus verschiedenen Akteuren der unterschiedlichsten Zuordnung zu der kommunalen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Ebene bestehen und für die man in dem Zeitraum tragfähige Strukturen entwickeln konnten (INTERVIEW APK S. 4f.).

Einige Initiativen, Vereine und Verbände gab es bereits vor der hier betrachteten Förderperiode. Das URBAN II-Programm förderte einerseits die Gründung von Initiativen und Einrichtungen, andere entstanden unabhängig von Förderprogrammen. Die Interviewpartner gaben diesbezüglich an, dass mit der Umsetzung von EFRE geförderter Projekte weitere Vereinsgründungen im Untersuchungsgebiet erfolgten. „Die gab's teilweise vorher schon, aber es kommen immer neue dazu [u]nd ob das jetzt diese Annalinde z.B. ist, die da auch mal eine ganz andere Kultur plötzlich einbringen, mit dem Urban Gardening. Das sind schon erstaunliche Entwicklungen [...]“ (INTERVIEW WPA S. 9). Ähnliche Aussagen werden auch zum Westbesuch e.V. getroffen, der bekanntermaßen das Kultur- und Straßenfest „Westpaket“ ausrichtet. Dieser erhielt, vorwiegend in der Anfangszeit,

eine intensive Unterstützung und trägt sich nun aus Teilen in Eigenregie und aus Mitteln vom Kulturamt. Er dient als Aushängeschild für das Gebiet, weil ihm eine wichtige Rolle zur Belebung der Karl-Heine-Straße zugewiesen wird (INTERVIEW TTG S. 8). Die Initiative Bürgerbahnhof Plagwitz ist in ihrer Mitgliederstruktur sehr vielseitig aufgestellt. Von Gewerbetreibenden über Anwohnern bis hin zu Kulturschaffenden werden als Mitglieder Akteure aus unterschiedlichsten Bereichen angegeben. Auch Vereine in unmittelbarer Umgebung zum Bahnhof Plagwitz, wie der Zollschuppenverein und die Damenhandschuhfabrik, beteiligen sich in der Initiative (INTERVIEW LNB S. 1f.). Von ihr geht ein hohes Maß an Eigeninitiative aus, weshalb ebenfalls angenommen werden kann, dass dieses Netzwerk an Akteuren arbeitsfähig bleibt und für weitere Anstöße im Quartier sorgen kann. Durch die Gründung der Vereine stehen diese nun mit ihrem Potenzial dem Gebiet zur Verfügung und es wird vermutet, „[...] dass viele Vereine und Initiativen aus der Zeit Anregungen auch mitgenommen haben [...]“, um weitere Projekte durchzuführen (INTERVIEW TTG S. 8).

Letztlich wurde in den Gesprächen über die Verwaltungsarbeit an sich diskutiert. In der Summe wurde ein gesteigertes Vertrauensverhältnis zwischen der kommunalen Ebene und lokalen Akteuren aufgeführt. Die Verwaltung ließ die Anwohner am Diskussionsprozess teilhaben und gewährte ihnen die Chance, ihre Meinung zu äußern. Dabei werden die Diskussionen als „[...] immer lebendig, neu und frisch [...]“ und „[...] dass auch die Argumente eben z.B. von den Privatpersonen gehört wurden und auch Gewicht hatten“, beschrieben (INTERVIEW IHU S. 8). Infolgedessen profitiert wiederum die kommunale Ebene von dem Vertrauen der Bewohner. Durch die verschiedenen Projekte erlangten die Mitarbeiter der unterschiedlichen Fachämter einen hohen Bekanntheitsgrad und werden auch in Zukunft als Ansprechpartner bereitstehen (INTERVIEW TTG S. 7f.). Die Verwaltung rückte vermehrt in die moderierende Position, in der sie Projekte und Maßnahmen anstößt, jedoch nicht selbst umsetzt, und übernimmt somit nicht mehr die ehemaligen starren Aufgaben eines Stadtplaners (INTERVIEW WPA S. 12). Durch die positive Erfahrung, dass das eigene Handeln im Planungsprozess berücksichtigt wird und die Planung nicht mehr nur streng von oberer Ebene erfolgt, steigt die Motivation der lokalen Akteure, sich auf Dauer im Gebiet zu engagieren. „Und das ist der Gewinn, der Zugewinn an engagierten Menschen“ (INTERVIEW WPA S. 9).

Das Programm „Kids im Stadtteil“, welches im Handlungsfeld „qualifizierte Freizeitgestaltung“ angesiedelt war, sorgte zum einen für die Verstetigung einiger Projekte, zum anderen entstanden Vereine, die dadurch ihre Vereinsstrukturen aufbauen konnten, sich im Gebiet bekannt machten und die Mittel erfolgreich als Anschubfinanzierung nutzten. Dazu zählen im Speziellen Kunststoffe e.V. und Rockzipfel e.V. (INTERVIEW IHU S. 4f.). Ein weiteres Resultat von „Kids im Stadtteil“ ist für „[...]die die ohnehin weiter machen wollen und was Großes aufgebaut haben, [...] war es positiv, weil die was gelernt haben dabei und sozusagen so ein bisschen Handwerkszeug mitbekommen haben. [...] [F]ür sehr kleine Vereine, die aus so einem idealistischen Anliegen heraus dort tätig geworden sind, für die könnte es [...] eher ein bisschen abschreckend gewesen sein“ (INTERVIEW IHU S. 6). Der Kassenaufwand und dass die Gelder für die Projekte erst vorgestreckt werden mussten, hat trotz des hohen Beratungsaufwandes, der vom Quartiersmanagement ausging, negative Effekte zur Folge gehabt.

7.2.3 Bewertung der Maßnahmen

Um im Sinne der Evaluationsforschung herauszuarbeiten, ob die EFRE-Förderung in Hinblick auf Dauerhaftigkeit, unter Berücksichtigung der vorher aufgeführten Maßnahmen, erfolgreich war, befasst sich dieser Abschnitt mit den Ursachen für die Ergebnisse. Ziel ist es festzustellen, inwiefern die Maßnahmen zu den gewünschten Ergebnissen führten oder ob andere Umwelteinflüsse für die Effekte ursächlich waren.

Die Interpretation der Interviews hat ergeben, dass die erfolgten Maßnahmen unter anderem zur Verstetigung einiger Strukturen beitrugen. Die Förderung war eine Art Anstoß für private Akteure, die sich in Motivation zeigte und Engagement generierte (INTERVIEW WPA S. 4). Bauliche Maßnahmen, Netzwerkarbeit, Moderation v.a. auf privatwirtschaftlicher Ebene, KMU-Förderungen sowie das Programm „Kids im Stadtteil“ konnten nachweislich erfolgreiche Effekte erzielen (siehe dazu auch Kapitel 7.2.2).

Trotz alledem spielte die „Kontinuität von Prozessen“ eine immanente Rolle für die Entwicklung im Gebiet (INTERVIEW TTG S. 6). Die interviewten Personen sind sich dahingehend einig, dass die Gemeinschaftsinitiative URBAN II eine wichtige

Grundlage für die weitere Entwicklung bildete. Durch die Synergieeffekte zwischen den einzelnen Programmen konnten sich dauerhafte Strukturen entwickeln. Es wurden Erfahrungen und bereits vorhandenen Strukturen aus der ersten Förderperiode erfolgreich in die zweite EFRE-Förderung überführt und einige zwischen 2001 und 2006 geplante Maßnahmen erst während der jetzigen auslaufenden Förderung umgesetzt. Denn für viele Prozesse der Stadtentwicklung sind sechs Förderjahre nicht ausreichend und besonders die Planung und Umsetzung baulicher Vorhaben benötigt mehr Zeit (INTERVIEW TTG S. 11). Allgemein ist Leipzig eine Stadt, in der verhältnismäßig viele private Akteure an Prozessen der Stadtentwicklung partizipieren (INTERVIEW TTG S. 3). Die Beteiligungskultur wirkte sich umgekehrt aber auch auf die Maßnahmen aus. Selbst Vorhaben, die nicht auf die Zustimmung vieler Akteure stießen, und somit auf dem ersten Blick einen negativen Effekt hatten, konnten genauer betrachtet positive Auswirkungen hervorrufen. Es entstanden Diskussionsprozesse, zwischen den Akteuren, welche wiederum weitere Beteiligung im Gebiet generierten (INTERVIEW TTG S. 9f.).

Das EFRE-Programm weist in seiner Konzeption und der Förderstruktur einige Vorteile auf, die andere Programme der Städtebauförderung nicht besitzen. So ist nicht nur eine Finanzierung für bauliche Vorhaben vorgesehen, sondern auch für nicht-investive Maßnahmen. Diese gaben den privaten Akteuren Handlungsspielräume und schufen so Vernetzung und Kommunikation (INTERVIEW WPA S. 5). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Maßnahmen der Förderung zur Entstehung von dauerhaften Strukturen führten. Zudem beeinflussen jedoch andere Faktoren die Entwicklung, so dass im Ergebnis das EFRE-Programm nicht allein als Ursache gesehen werden kann. Dennoch wurden von den Akteuren die im Gebiet schon vorhandenen Möglichkeiten aufgegriffen und gelangen mit den Maßnahmen abgestimmt. Im Folgenden wird sich zeigen, dass es an einigen Stellen immer noch Handlungsbedarf und Ausbaumöglichkeiten gibt.

7.3 Nachsorge und Handlungsbedarf

Zum Abschluss soll die letzte der eingangs gestellten Forschungsfragen aufgegriffen werden, welche die derzeitige Nachsorge, aber auch den weiteren Handlungsbedarf im Quartier untersucht.

Aus unternehmerischer Perspektive wird noch immer zu wenig in Kooperation gedacht, deshalb sollte auch zukünftig die Moderation zwischen den Unternehmen unterstützt werden. Beispielhaft dafür steht der Unternehmerstammtisch, der sich momentan noch nicht selbst trägt und deswegen vorübergehend vom ASW betreut wird. Das Ziel ist, aus dem Stammtisch Unternehmertreffs zu entwickeln, die eine Plattform für privatwirtschaftliche Akteure darstellen, um sich zu neuen Projekten zusammenzufinden (INTERVIEW APK S. 6). Eine weitere Möglichkeit auf dieser Ebene könnte die Bildung von Vereinsstrukturen sein, die sich aus Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Diese Form hat sich schon bei anderen wirtschaftsnahen Vereinigungen in der Praxis bewährt. Allerdings muss noch geprüft werden, ob solche Strukturen auch in der Wirtschaft nachhaltig existieren können und eine projektgenerierende Wirkung besitzen (INTERVIEW APK S. 9). Corporate Citizenships existieren bereits im Stadtteil, sind jedoch nicht direkt auszumachen, da die Unternehmen ihr Engagement oftmals nicht kommunizieren. Viele dieser Unterstützungen sind nicht stadtteilbezogen und könnten durch bessere Absprachen zielführender gelenkt werden. An dieser Stelle sind noch Potenziale vorhanden, die effektiver ausgeschöpft werden müssen. Dazu werden Personen mit Fachwissen benötigt die mit den Unternehmern über Sponsoring reden (INTERVIEW WPA S. 10f.). Da an den Unternehmensnetzwerken hauptsächlich kleinere Unternehmen partizipieren, die nur über ein geringes Kapital verfügen, bietet das Einbringen mittelständischer Betriebe und die Zusammenarbeit mit größeren Netzwerken weitere Möglichkeiten und sollte deswegen für die Zukunft angestrebt werden (INTERVIEW WPA S. 8).

Seit Beginn des Jahres 2013 gibt es im Leipziger Westen einen Quartiersrat. Dieser bündelt Personen aus unterschiedlichen Fachrichtungen und birgt ein großes Potenzial an Wissen und Erfahrung, da sich viele der Akteure bereits während der EFRE-Förderung engagierten. Momentan bewertet der Quartiersrat ausschließlich Projektanträge und gibt Empfehlungen welche der Projekte bewilligt werden sollen. Für die Zukunft ist jedoch geplant, dem Netzwerk weitere Aufgaben zuzutragen, so dass es beispielsweise fachliche Beratungen für Gremien wie dem Stadtbezirksbeirat vornimmt (INTERVIEW WPA S. 11). Analog dazu passt folgende Aussage: „Das kann man sich natürlich noch ganz anders ausgebaut vorstellen, dass dieser Quartiersrat auch guckt - wo sind denn überhaupt Probleme im Quartier, was sollte man denn machen - ein bisschen Prioritäten da setzt, aktiv gestaltender wird und nicht nur so projektbewertend“ arbeitet (INTERVIEW LNB S. 5). Die AG Gemeinwesen die während

des Förderzeitraums vom Quartiersmanagement begleitet wurde geht nun in seiner Teilnehmerstruktur in einem Planungsraum Arbeitskreis über und wird vom Amt für Jugend, Familie und Bildung getragen. Demnach wird in diesem Fall die aufgebaute Struktur übernommen, so dass die gesammelten Erfahrungen dem Gebiet erhalten bleiben (INTERVIEW TTG S. 8). Auf der sozialen Ebene wird von der Koordinatorin für Jugend und Bildung im Leipziger Westen ein Netzwerk aus Trägern der freien Jugendhilfe aufgebaut, um das Angebot der Akteure durch regelmäßige Treffen besser aufeinander abzustimmen (INTERVIEW WPA S. 11). Mit der Stiftung „Ecken wecken“ und dem IBBP sind interessante Formen der Beteiligung entstanden, die in den kommenden Planungen vermehrt integriert werden (INTERVIEW TTG S. 12). Das zeigt welche Bedeutung zwischenzeitlichem Monitoring zukommt, um erfolgreiche Strukturen auszumachen und diese in weitere Trägerschaften zu übernehmen, sofern nicht sicher ist, dass diese Strukturen sich selbst tragen können. Aus den Interviews gehen als häufiges Hemmnis für dauerhafte Strukturen die eingeschränkten Ressourcen der privaten Akteure hervor, die überwiegend aus dem zivilgesellschaftlichen Sektor kommen und v.a. auf ehrenamtlicher Basis arbeiten. Aus dieser Perspektive sollte eine weitere Begleitung und Moderation erfolgen, damit das Engagement effektiv genutzt werden kann und sich der Zeitaufwand minimiert. Ein spezielles Problem im Fördergebiet stellen die Nutzungskonflikte der unterschiedlichen Lebensstile dar, die durch den geringer werdenden Freiraum zunehmend an Entfaltungsmöglichkeiten verlieren. „Die jungen Hippen sind einfach sehr präsent [...] und haben auch Formen gefunden, sich zu entäußern und [...] da gibt's auch andere, die noch ein bisschen mehr gestärkt werden müssen“ (INTERVIEW TTG S. 14). Diese Aussage zeigt, dass Bevölkerungsgruppen im Gebiet existieren die weiterhin begleitende Unterstützung benötigen, um ihre Interessen kommunizieren zu können.

Gleichwohl sind die Verwaltungsstrukturen noch immer ressourcenorientiert ausgerichtet, so dass die Umsetzung von Maßnahmen einen hohen organisatorischen Aufwand bedürfen (INTERVIEW WPA S. 2). Das integrierte Arbeiten auf der kommunalen Ebene wird deswegen weiterhin kritisiert. Es besteht der Eindruck, dass die Fachämter sich gegenseitig nicht über Vorhaben absprechen, mit dem Bürger noch zu wenig Kommunikation und Zusammenarbeit bestünde und die Akteure in vielen Fällen nebeneinander her planen (INTERVIEW LNB S. 6). Dies erfordert gezielte Schulungen der Mitarbeiter, um Stadtentwicklung nicht mehr nur

aus der klassischen, von den Stadtplanern geplanten Perspektive zu betrachten und auch verwaltungsintern die Kommunikation zu fördern und Entscheidungsprozesse zu vereinfachen. Beim ASW wurde dies bereits erkannt, andere Fachämter weisen dahingehend noch Defizite auf (INTERVIEW LNB S. 10f.).

Um die entstandenen positiven Strukturen im Leipziger Westen aufrechtzuerhalten, ist eine weitere Förderung für das Gebiet wünschenswert. Durch die Phasing-out-Situation ist der Erhalt weiterer EFRE-Fördermittel sehr unwahrscheinlich. Andere Möglichkeiten bietet der Europäische Sozialfonds und das Programm Stadtumbau Ost, für das bereits eine Fortschreibung des Handlungskonzepts stattfindet (INTERVIEW WPA S. 14f.). Für eine optimale Nutzung der Fördermittel ist eine Verknüpfung der Förderprogramme auf europäischer und nationaler Ebene, der Länder selbst sowie aus dem Sozialbereich zu verfolgen (INTERVIEW TTG S. 12f.). Welche neuen Programme aus den verschiedenen Bereichen und Ebenen letztlich entwickelt werden und dann dem Stadtteil zur Verfügung stehen, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

8. Schlussbetrachtung

Mit dem Hintergrund der veränderten Anforderungen an Stadtentwicklung wurde die Entstehung sich selbsttragender Strukturen unter dem Aspekt des Governancekonzepts in der integrierten Stadtentwicklung untersucht. Anhand eingangs formulierter Forschungsfragen beschäftigte sich die vorliegende Arbeit exemplarisch mit der Förderung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Zeitraum 2009-2013 im Leipziger Westen.

Zu Beginn der Untersuchung fand die Identifizierung der beteiligten Akteure statt. Es wurden sowohl Akteure des privatwirtschaftlichen Sektors als auch der zivilgesellschaftlichen Ebene benannt, die in verschiedenen Konstellationen im Untersuchungsgebiet wirkten. Dabei ist zum einen die Rede von wirtschaftsorientierten Netzwerken, zum anderen aber auch von in ihren Beteiligungsstrukturen sehr heterogenen Netzwerken. Trotz der unterschiedlichen Beschaffenheit wird jedem dieser Netzwerke eine wichtige Rolle zuteil. Der kommunale Sektor, bestehend aus der Politik und den Fachämtern der Stadt Leipzig, gibt einen Teil seiner Kompetenz zugunsten privater Akteure ab, behält jedoch eine

wichtige moderierende Funktion bei. Für die Programmbegleitung wird dem ASW in der Funktion der Programmsteuerung und dem Quartiersmanagement eine große Bedeutung zugesprochen. Durch die Multiakteurskonstellation und heterarchischen Strukturen werden die Ergebnisse und das Handeln im Sinne einer Urban Governance, bei der den privaten Akteuren eine größer werdende Bedeutung beigemessen wird, unterstrichen.

Angesichts des Auslaufens der Förderperiode und der Phasing-out-Situation galt als grundlegendes Ziel dauerhafte Strukturen zu etablieren, welche weitere positive Effekte für das Gebiet herbeiführen und Impulse für neue Projekte sein können. In verschiedenen Bereichen sind solche Strukturen eindeutig identifizierbar. Bauliche Ankerpunkte sorgten für eine langfristige Imageaufwertung und durch den Stadteilladen existiert weiterhin ein Ort an dem Akteure räumlich zusammengeführt werden. Neue, richtungsoffene und nicht ausschließlich projektbezogene Netzwerke entstanden, die sich nicht nach Auslaufen einzelner Projekte verflüchtigen. Es bildeten sich Kommunikationsstrukturen und Formen der Zusammenarbeit die als nachhaltig betrachtet werden können und durch die Überführung des Quartiersmanagements in eine neue Finanzierung weiterhin Begleitung erhalten. Zwischen der Verwaltungsebene und den privaten Akteuren entstand ein vertrauensvolles Verhältnis, welches Diskussionen auf Augenhöhe ermöglicht. Schlussendlich bildeten sich neue Vereine und Initiativen die auch zukünftig arbeitsfähig bleiben. Der absolute Mehrwert ist jedoch der Zugewinn an interessierten und engagierten Menschen.

Indessen kristallisierten sich wichtige Strukturen heraus, die der weiteren Nachsorge bedürfen. Der Kommunikation innerhalb der Verwaltung wird besonderer Handlungsbedarf beigemessen. Das Kapital der privatwirtschaftlichen Akteure muss stadtteilbezogener und zielgerichteter gelenkt werden, um die dort vorhandenen Potenziale besser ausschöpfen zu können. Das kooperative Denken und Handeln zwischen den Akteuren der Privatwirtschaft wird vielfach bemängelt. Außerdem findet die generelle Weiterführung der Begleitung und Moderation im Leipziger Westen einen gemeinsamen Konsens im ausgewerteten Interviewmaterial. Im Ergebnis wird deutlich, wie notwendig der Erhalt weiterer Finanzierungsmittel ist, um noch nicht abgeschlossene Maßnahmen zu beenden und die aufgebauten Strukturen zu sichern.

Von besonderem Interesse für die Evaluierung des Programms ist, ob die EFRE-Förderung ursächlich für die entstandenen Strukturen war. Im Ergebnis entwickelten sich einige dauerhafte Strukturen, die auf einzelne Maßnahmen zurückzuführen sind. Der Leipziger Westen profitiert jedoch ebenfalls von beteiligungsfreudigen Bewohnern und in großem Maße von der vorherigen Förderperiode der Gemeinschaftsinitiative URBAN II. Die Maßnahmen wurden geschickt an die vorhandenen Faktoren angepasst und können deswegen weitestgehend als erfolgreich bewertet werden. Unabhängig von diesen günstigen Einflüssen wäre das Resultat, hinsichtlich dauerhafter Strukturen, wahrscheinlich anders ausgefallen.

Das Förderprogramm kann in Bezug auf die anfangs gestellten Forschungsfragen als weitestgehend erfolgreich bewertet werden. Einige Defizite und Handlungsmöglichkeiten ließen sich dennoch identifizieren und können als Anknüpfungspunkte für weitere Förderungen dienen. Dies verdeutlicht, dass die Entwicklung urbaner Räume einem immerwährenden dynamischen Prozess unterliegt und eine Förderung über längeren Zeitraum erfolgen muss, um feste Strukturen in einem Stadtteil zu verankern. Trotzdem zeigt die Untersuchung, dass die integrierte Stadtentwicklung ein geeignetes Instrument zur Bildung sich selbsttragender Strukturen ist, in den Worten eines Interviewpartners wie folgt ausgedrückt: „Das ist im Grunde auch das Schlüsselwort für die ganze Geschichte, integriertes Arbeiten.“ (INTERVIEW WPA S. 2)

Literaturverzeichnis

ANDERS, S.; FRITSCHKE, N.; GÜNTNER, S.; KREUTZ, S.; KRÜGER, T.; STOTZ, P. (2012): Verstetigung im Programm Soziale Stadt – Erfahrungen aus der Praxis. In: Altröck, U.; Kunze, R.; Schmitt, G.; Schubert, D. (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2012. Schwerpunkt „40 Jahre Städtebauförderung – 50 Jahre Nachmoderne“. Berlin. S. 251-270.

ATTESLANDER, P.; CROMM, J. (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. 13. Aufl. Berlin.

BOHNSACK, R.; MAROTZKI, W.; MEUSER, M. (2011): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 3. Aufl. Opladen/Farmington Hills.

BMVBS (2010): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007. In: Information zur Raumentwicklung. H. 4. S. 315-319.

BMVBS (2012): Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung im Programm Soziale Stadt. H. 153. Berlin.

DIEBÄCKER, M. (2008): Governance und Demokratie. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breiffuss, A. (Hrsg): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 1. Aufl. Wiesbaden. S. 266-281.

DIEKMANN, A. (2009): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 20. Aufl. Hamburg.

DIETZ, F.; DREWITZ, O.; LANG, M. (1999): Plagwitz zwischen 1989 und 1999 – Zehn Jahre Stadtentwicklung und –erneuerung. In: Pro Leipzig (Hrsg): Plagwitz. Ein Leipziger Stadtteil im Wandel. Leipzig. S. 39-55.

EINIG, K.; GRABHER, G.; ILBERT, O.; STRUBELT, W. (2005): Urban Governance. In: Information zur Raumentwicklung. H. 9/10. S. I-IX.

FRANKE, T.; STRAUSS, W.-C. (2010): Integrierte Stadtentwicklung in deutschen Kommunen – eine Standortbestimmung. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 4. S. 253-262.

FRANKE, T.; STRAUSS, W.-C.; REIMANN, B.; BECKMANN, K. J. (2007): Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt. Berlin.

FRANZEN, D.; SPIECKERMANN, H. (2002): Stadtteil- und Quartiermanagement: Organisationsformen, Vernetzung, Bürgerbeteiligung in Köln-Mülheim. Köln.

FREY, O. (2008): Regulierte Selbststeuerung und Selbstorganisation in der Raumplanung. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breitfuss, A. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 1. Aufl. Wiesbaden. S. 224-249.

FREY, O.; HAMEDINGER, J.; DANGSCHAT, J. S. (2008): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat – eine Einführung. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breitfuss, A. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 1. Aufl., Wiesbaden. S. 14-33.

GERLICH, W.; STOIK, C. (2008): Lokale lebensweltnahe Interessen u. gesamtstädtische Entwicklungsprozesse. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breitfuss, A. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 1. Aufl., Wiesbaden. S. 250-265.

GÜNTNER, S.; HELFEN, T.; HENKEL, K.; KAST, A.; SCHAMMER, B.; SCHÜMER-STRUCKSBERG, M.; WALTHER, J.-U. (2005): Sozialorientierte Stadterneuerungspolitiken in Europa. Beispiele aus dem Forschungsverbund ENTRUST. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 2/3. S. 159-173.

HAGEMEISTER, U.; HALLER, C. (2009): Bürgermitwirkung im Stadtumbau. In: Altrock, U.; Kunze, R.; Pahl-Weber, E.; von Petz, U.; Schubert, D. (Hrsg.): Jahrbuch

Stadterneuerung 2009. Schwerpunkt „Megacities und Stadterneuerung“. Berlin. S. 261-278.

JANSEN, D. (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. 3. Aufl. Wiesbaden.

KLAUS, S. (2005): Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land. Dortmund.

KROMREY, H. (2002): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. 10. Aufl. Opladen.

KRÜGER, A. (2009): Erneuerungspolitik im Spiegel der Benachteiligungsmechanismen der heutigen Stadtgesellschaft. In: Altrock, U.; Kunze, R.; Pahl-Weber, E.; von Petz, U.; Schubert, D. (Hrsg): Jahrbuch Stadterneuerung 2009. Schwerpunkt „Megacities und Stadterneuerung“. Berlin. S. 19-27.

KRÜGER, U.; Rüdiger, B. (1999): Aus der Geschichte von Plagwitz. Pro Leipzig (Hrsg) Plagwitz. Ein Leipziger Stadtteil im Wandel. Leipzig. S. 7-30.

KRUMM, W. (2005): Evaluation des Berliner Quartiersmanagementprogramms. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 2/3. S. 123-132.

KRUMMACHER, M. (2011): Quartiermanagement in benachteiligten Stadtteilen. In: Dahme, H.-J.; Wohlfahrt, N. (Hrsg.): Handbuch Kommunaler Sozialpolitik. Wiesbaden. S. 318-329.

LAMNEK, S. (2005): Qualitative Sozialforschung. 4. Aufl. Weinheim.

MARX, S.-P. (2008): Stadtplanung zwischen Umbruch und Kontinuität. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breitfuss, A. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 1. Aufl. Wiesbaden. S. 87-101.

MAYER, H.-N. (2008): Mit Projekten planen. In: Hamedinger, A.; Frey, O.; Dangschat, J. S.; Breiffuss, A. (Hrsg.): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. 1. Aufl., Wiesbaden. S. 128-150.

MWEBWV (2011) Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen. Aufl. Düsseldorf.

PRO LEIPZIG (1994a): Alt-Lindenau. Eine historische und städtebauliche Studie. Leipzig.

PRO LEIPZIG (1994b): Plagwitz. Eine historische und städtebauliche Standortuntersuchung. Leipzig.

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (2008): VwV Stadtentwicklung 2007 bis 2013. Verwaltungsvorschrift. (http://www.nachhaltige-stadtentwicklung-sachsen.de/dokumente/6-VwV_Stadtentwicklung_2007-2013_aktuell_03-2009.pdf zuletzt geprüft am: 15.09.2013)

SCHÄFFER, V. (2012): Urban-Governance-Prozesse zur Realisierung nachhaltiger Stadtquartiere am Beispiel des Modellquartiers Kronsberg in Hannover. In: Drilling, M. (Hrsg.): Nachhaltige Quartiersentwicklung. Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven. 1. Aufl. Wiesbaden. S. 109-130.

SCHERMANN, B.; SEIDEL, J. (2007): Der Sächsische Stadtentwicklungsfonds ein Konzept für die Zukunft? Überlegung aus Sicht einer Förderbank. In: Informationen zur Raumordnung. H. 9. S. 591-596.

SCHUBERT, H.; SPIECKMANN, H.; HANSCHKE, K. (2004): Organisationsmodell für das Quartiermanagement. In: Raumforschung und Raumordnung. Ausgabe 3. Bd. 62. S. 217-226.

SINNING, H. (2008): Integrierte Stadtentwicklung in Europa. Herausforderungen, Strategien und Perspektiven. In: RaumPlanung. (Hrsg.): Informationskreis für Raumplanung. 140. Dortmund. S. 193-198.

SÖPPER, K. (2009): Verstetigung durch Nachsorge im Quartiersmanagement am Beispiel Hamburg und Wien. In: Altröck, U.; Kunze, R.; Pahl-Weber, E.; von Petz, U.; Schubert, D. (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2009. Schwerpunkt „Megacities und Stadterneuerung“. Berlin. S. 239-260.

STADT LEIPZIG, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (2008): Integriertes Handlungskonzept für den Leipziger Westen. Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm EFRE. Leipzig.

STADT LEIPZIG, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (2009): Bilanz. Europäische Gemeinschaftsinitiative URBAN II Leipziger Westen. Leipzig.

STADT LEIPZIG, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung, Amt für Statistik und Wahlen (2011): Fördergebietskatalog Leipzig. Leipzig.

STADT LEIPZIG, Amt für Statistik und Wahlen (2012): Ortsteilkatalog 2012. Strukturdaten der Ortsteile und Stadtbezirke. Leipzig.

STADT LEIPZIG, Stadtplanungsamt. (2010): Konzeptioneller Stadtteilplan für den Leipziger Westen. Präzisierung und Erweiterung 2009. Leipzig.

ZIMMER-HEGMANN, R. (2001): Integrierte und partizipative Ansätze in der Stadterneuerung. In: ajs-Informationen. H. 37. 4. Dortmund.

Internetquellen

STADT LEIPZIG, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung: Internetseite zum Leipziger Westen http://www.leipziger-westen.de/front_content.php (zuletzt geprüft am 15.09.2013)

Danksagung

Abschließend möchte ich mich bei einigen Personen bedanken, die zum Gelingen dieser Arbeit beitrugen. Ein herzliches Dankeschön gilt Prof. Dr. Sebastian Lentz und Dr. Tilman Schenk vom Institut für Geographie der Universität Leipzig für die Betreuung meiner Arbeit.

Des Weiteren gilt mein Dank den Personen, die mit ihrer Verfügbarkeit eine empirische Bearbeitung ermöglichten. Zu nennen sind dabei insbesondere Herr Norbert Raschke, der als Sachgebietsleiter für das Stadterneuerungsgebiet Leipziger Westen einige Kontakte vermitteln konnte und zum Interview bereit stand sowie alle anderen interviewten Personen, ohne die diese Arbeit nicht zustande gekommen wäre.

Schlussendlich möchte ich einen großen Dank an meine Familie und meinen Freunden für die Unterstützung und das geduldige Korrekturlesen richten.

Katja Gehrmann